DEMO-ONLINE.DE

68. JG | A02125 EINZELPREIS **6,00 €**

DEMO

05/06 **2016**

VORWÄRTS-KOMMUNAL ■ DAS SOZIALDEMOKRATISCHE MAGAZIN FÜR KOMMUNALPOLITIK

Niedersachsen
Landes-SGK
Extra
Heftmitte

FINANZEN IN DEN KOMMUNEN

Die Not vor Ort

In der Schuldenfalle: Was brauchen Gemeinden, Städte und Landkreise?

FOTO: CARMEN JASPERSEN/DPA

KLIMASCHUTZ HAT SEINEN PREIS. MIT ERDGAS EINEN BEZAHLBAREN.

Seit über 20 Jahren liefern wir Erdgas an Energieversorger und Industrie.

Klimaschutz mit Erdgas voranbringen:
www.wingas.de

ERDGAS

WINGAS

INHALT 3

Liebe Leserin, lieber Leser,

die Kommunen haben dank einer guten Konjunktur und trotz der Flüchtlingszuwanderung 2015 einen Überschuss von 3,2 Milliarden Euro erzielt – der dritthöchste seit der Wiedervereinigung. Die Einnahmen stiegen um satte 7,7 Prozent dank guter Steuereinnahmen, vor allem dank wachsender kommunaler Steuergewinne.

Angesichts der aktuellen Lage in den Städten, Gemeinden und Landkreisen darf man sich von diesen gut klingenden Zahlen nicht täuschen lassen. Die Kommunen, gerade die hoch verschuldeten, kommen auch damit nicht aus ihrer Misere. Da müssen sich Bund und Länder anderes überlegen. Die Kommunen profitieren unterschiedlich von dem Milliarden-Überschuss, je nachdem wie reich sie eh schon sind und wie hoch das Gewerbesteuereinkommen ist. Pro Kopf investiert Bayern rund 350 Euro mehr als das Saarland. Das geht nicht, denn das spaltet auf Dauer unser Land.

Es kann nicht sein, dass absehbar der Geburtsort eines Kindes darüber entscheidet, wie gut seine Schulen, seine Sportplätze sind und die gesamte Infrastruktur ist, in der es aufwächst. Dabei geht es nicht um Gleichmachen auf allen Ebenen, das gab und gibt es nicht. Aber es geht um Chancengerechtigkeit. Und die ist nur gewährleistet, wenn die Lebensumstände in unserem Land überall in etwa auf gleichem Niveau sind. Hier muss ein Ausgleich geschaffen werden. Das heißt nicht, die Kommunen aus ihrer Verantwortung zu entlassen. Sie müssen natürlich alles tun, um ihren Haushalt in Ordnung zu bringen. Aber viele schaffen das nicht mehr aus eigener Kraft. Deswegen müssen kommunale Vertreter mit Bund und Ländern an einen Tisch, wenn es um Finanzfragen geht. Selten wurde dies so deutlich wie bei der Flüchtlingszuwanderung. Und so entscheidet sich auch vor Ort wesentlich mit, wie viel Zulauf die billigen und dumpfen Parolen der Rechtspopulisten haben.

Herzlich,

Karin Nink, Chefredakteurin

Fotos: Dirk Bleicker, Landeshauptstadt Saarbrücken, Presseamt Trier, RheinEnergie AG, Valeska Achenbach

Die Not vor Ort

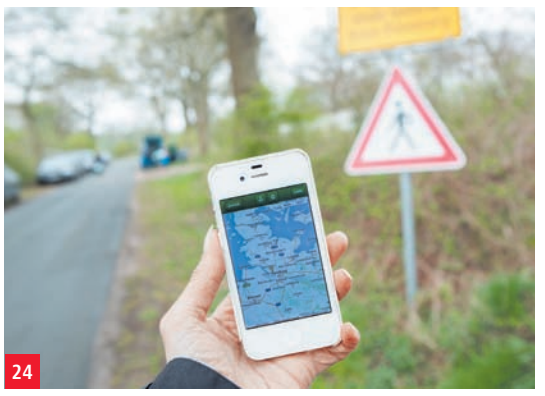
Finanzen in den Kommunen

4 **„Die Altschulden sind unser größtes Problem“ |** Interview mit Saarbrückens Bürgermeister Ralf Latz
6 **Städte in NRW im Wandel |** Düsseldorf macht Schulden, Duisburg legt einen Haushalt ohne Defizit vor
8 **Luft verschaffen |** Der Bund fördert seit 2015 ärmere Kommunen – eine Zwischenbilanz
10 **„Der Überschuss verteilt sich sehr unterschiedlich“ |** Interview mit Helmut Dedy
12 **In Text gegossene Disziplin |** Nachhaltigkeitssatzungen sind zunehmend verbreitet
13 **Die wichtigste Stellschraube |** Viele Kommunen fragen sich, ob sie die Gewerbesteuer erhöhen sollen
14 **Gemüsebeete statt Freigetränk für alle |** Erfahrungen mit dem online-gestützten Bürgerhaushalt in Trier
16 **Wenn viele Bürger Geld zusammenlegen |** Wie Crowdfunding für lokale Projekte funktioniert

Report

Smart City und kommunale Infrastruktur

20 **Alles smart in der Stadt |** Viele Kommunen wollen smart werden. Doch was heißt das?
22 **Stadtwerke als Impulsgeber der „intelligenten“ Stadt |** Projektplattform SmartCity Cologne
24 **Das Projekt „Smart Country“ |** Mit Digitalisierung zu mehr Teilhabe
26 **Zukunft im Quartier |** Gespräch mit Prof. Hans-Peter Noll, RAG Montan Immobilien
28 **Auf die Daten kommt es an |** Trendreport Smart Government



17 **SPD-Bundestagsfraktion |** Rechtspopulismus entgegentreten!
18 **News | Einer von uns –** Nachruf auf Hans Koschnick
29 **Bücher | Wahlen | Termine**
30 **Das Letzte | Vorschau | Impressum**

„Die Altschulden sind unser größtes Problem“

Saarbrücken muss neue Schulden machen, um Zinsen der Altschulden zu begleichen. Um diese Negativspirale zu stoppen, schlägt Kämmerer Ralf Latz (SPD) einen Altschuldenfonds für hochverschuldete Kommunen vor. Er erwartet in diesem Jahr fast sechs Millionen Euro Integrationskosten – und fordert von Berlin „spürbare Entlastung“

Interview Karin Billanitsch

Finanzen in den Kommunen

Herr Latz, Saarbrücken gehört zu den Städten mit der höchsten Pro-Kopf-Verschuldung im Land. Mehr als eine Milliarde Euro beträgt der Schuldenberg der Stadt – Tendenz steigend. Wie gehen Sie mit der schwierigen Situation der Verschuldung um, in der heute viele Städte feststecken?

Viele Belastungen aus der Vergangenheit und die Explosion der Sozialkosten in den vergangenen Jahren drücken die Kommunen an den Rand ihrer Handlungsfähigkeit. Von dieser bundesweiten negativen Entwicklung ist Saarbrücken leider nicht ausgenommen. Wir haben schon erheblich gegengesteuert und in den vergangenen 15 Jahren Konsolidierungsmaßnahmen von rund 96 Millionen Euro strukturell umgesetzt. Diesen Weg gehen wir weiter: im aktuell beschlossenen Sanierungshaushalt werden für die Jahre 2015 bis 2019 weitere strukturelle Haushaltsverbesserungen von rund 19 Millionen Euro umgesetzt.

Die Zinsen für die Altschulden sind erdrückend. Sehen Sie überhaupt einen Ausweg aus dieser Lage?

Die Altschulden sind unser größtes Problem! Im Jahr 2016 planen wir Zinsaufwendungen von 39 Millionen Euro bei einem Jahresdefizit von 29 Millionen Euro. Konkret heißt dies, dass wir ohne die Lasten aus Vorzeiten einen Überschuss von zehn Millionen Euro ausweisen könnten. Ein Thema wie aus einem Roman von Franz Kafka: Wir machen neue Schulden, um die Zinsen für die Altschulden zu finanzieren. Unser aktives Zins- und Liquiditätsmanagement hilft hier nur teilweise. Die einzige wirkliche Lösung besteht in der Entlastung der Kommunen von den Sozialleistungskosten und der Einrichtung eines Altschuldenfonds für die hochverschuldeten Kommunen. Hier ist der Bund gefordert.

Die Stadt hat sich einen Sparkurs auferlegt. Wo sind die Schwerpunkte?

Wir wollen an unserem harten Konsolidierungskurs festhalten, dürfen dabei aber unsere Stadt nicht kaputtsparen. Deshalb ist es unser Ziel, klug zu sparen und vor allem auch auf Dauer zu sichern, was Saarbrücken liebens- und lebenswert macht. Unser aktueller Sanierungshaushalt hat daher vier Schwerpunkte: Neben verschiedenen Maßnahmen zur Optimierung unserer Verwaltungsarbeit wird im Personalbereich jede vierte frei werdende Stelle nicht wieder besetzt. Weiterhin hat der Stadtrat die Gewerbesteuer um 40 Hebesatzpunkte erhöht. Unsere Eigenbetriebe und Gesellschaften sind gefordert, weitere Konsolidierungsbeiträge von cirka 2,5 Millionen Euro zu leisten. Maßnahmen zum Ausbau der Bildungs- und Betreuungsangebote sind von den Sparauflagen ebenso ausgenommen wie Mittel zur Wirtschaftsförderung. Auf diesem Weg wollen wir die Stellung der Landeshauptstadt Saarbrücken als Oberzentrum im Südwesten auch weiterhin ausbauen.

In den vergangenen Jahren hat das Land den Saar-Kommunen viel Geld entzogen. Landesweit haben Bürgermeister gegen diese Politik protestiert. Mit welchen Erfolgen?

Das Land hat seinen Kommunen alleine in den letzten zehn Jahren über 600 Millionen Euro aus dem kommunalen Finanzausgleich entzogen. Nach zähen Verhandlungen ist es im vergangenen Jahr gelungen, zwischen dem Land und den kommunalen Spitzenverbänden einen Kommunalpakt zu schließen. Dieser läuft bis 2024 und umfasst neben Bundes- und Landeshilfen vor allem harte Einsparvorgaben für die Kommu-

FOTO: LANDESHAUPTSTADT SAARBRÜCKEN

Ralf Latz (SPD): „Explosion der Sozialkosten drückt Kommunen an den Rand ihrer Handlungsfähigkeit.“

ZUR PERSON

Ralf Latz, Jahrgang 1959 und gebürtiger Saarbrücker, begann seine politische Karriere als Mitglied der JUSOS im SPD-Ortsverein Saarbrücken-Malstatt. Er leitete den OV mehrere Jahre.

Seit 1989 ist der Verwaltungswissenschaftler Mitglied im Rat der Landeshauptstadt Saarbrücken, seit dem Jahr 2003 hat er den Vorsitz der SPD-Stadtratsfraktion inne, zuvor war er seit 1999 deren stellvertretender Vorsitzender. Im Berufsleben hat Latz seine Wurzeln – nach seinem Zivildienst in einem Pflegeheim der AWO Saarbrücken – im sozialen Bereich. 1984, nach Abschluss seines Studiums, begann er im Sozialamt des Saarbrücker Stadtteils Burbach zu arbeiten. 1989 wechselte er ins damalige Sozialministerium, später war er Regierungsoberrat im Ministerium für Inneres und Sport.

2010 wurde Ralf Latz zum hauptamtlichen Bürgermeister gewählt. Er leitet das Dezernat Finanzen und Recht und ist auch ständiger Vertreter der Oberbürgermeisterin, Charlotte Britz. *(KB)*

Auf dem St. Johanner Markt genießen Saarbrücker die Sonne. Bürgermeister Ralf Latz will „klug sparen", aber auch „sichern, was Saarbrücken liebens- und lebenswert macht".

FOTO: STÄDTENETZ QUATTROPOLE

nen. Die Eingriffe der vergangenen Jahre in die kommunalen Kassen sind damit natürlich nicht ausgeglichen und die Unterstützung des Landes für seine Kommunen ist bei weitem nicht ausreichend. Aber es ist ein Anfang und darauf kann man aufbauen. Im Kommunalpaket noch unberücksichtigt sind die Kosten, die die kommunale Seite für die Unterbringung und Integration der Flüchtlinge aufbringen muss. Hier erwarten wir auch in Hinblick auf die klare Zuständigkeitsregelung eine vollständige Erstattung der Ausgaben durch Bund und Land.

Stichwort Zuwanderung. Die Zuweisungen des Bundes reichen in der Realität nicht aus, um die Kosten zu decken, klagen viele Bürgermeister. Wie hat Saarbrücken 2015 finanziell die Situation der Zuwanderung von Flüchtlingen bewältigt?

Die Klagen der Bürgermeister sind berechtigt, die Bundesgelder reichen bei Weitem nicht aus. Es stehen 43 Millionen Euro Bundesmittel zur Verfügung. Dem gegenüber schlagen bei Land, Gemeindeverbänden und Kommunen Ausgaben von rund 200 Millionen Euro zu Buche.

Wie spiegelt sich die finanzielle Dimension der Zuwanderung im neuen Haushalt im Jahr 2016 und in den Folgejahren?

Wir haben voriges Jahr Mehrausgaben von 1,96 Millionen Euro geschultert. Dieser Betrag ist noch relativ gering, weil insbesondere der Personalmehrbedarf durch vorübergehende interne Umstrukturierungen aufgefangen werden konnte. Dies wird auf Dauer nicht durchzuhalten sein. Gleichzeitig werden erst ab 2016 die Integrationskosten massiv ansteigen. Aus diesen Gründen erwarten wir von Berlin eine ernsthafte und spürbare finanzielle Entlastung der kommunalen Seite.

Für 2016 gehen wir derzeit von rund 5,8 Millionen Euro zusätzlicher Belastung aus. In den Folgejahren werden die größten Herausforderungen in den Bereichen der Kinderbetreuung, bei den Bildungseinrichtungen und bei der Integration in den Arbeitsmarkt liegen. Seriöse und belastbare Zahlen kann man zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht nennen.

Lässt sich im derzeitigen Umfeld überhaupt ein Haushalt seriös und realistisch planen?

Das ist schwierig, aber wir müssen das Beste daraus machen. Insbesondere wissen wir nicht verlässlich, wie sich der Zuzug der Flüchtlinge weiter entwickeln wird und mit welchen finanziellen Hilfen durch Bund und Land verlässlich geplant werden kann. Es ist weiterhin schon jetzt absehbar, dass Flüchtlinge, die in anderen saarländischen Gemeinden untergebracht sind, sich nach ihrer Anerkennung dauerhaft in Saarbrücken niederlassen. Dies ist sicherlich eine große und erfreuliche Entwicklungschance für unsere Stadt, wird aber zwangsläufig auch zu weiteren Folgekosten führen.

Saarbrücken hat beschlossen, den Gewerbesteuer-Hebesatz auf 490 zu erhöhen. Wie viel Mehreinnahmen erhoffen Sie sich dadurch? Befürchten Sie nicht, dass eine Erhöhung sich kontraproduktiv auswirkt, weil Unternehmen wegziehen oder sich gar nicht erst niederlassen?

Die Erhöhung der Gewerbesteuer bringt dem städtischen Haushalt eine Mehreinnahme von rund 10 Millionen Euro. Eine nennenswerte Abwanderung von Unternehmen befürchten wir nicht. Saarbrücken ist das wirtschaftliche Oberzentrum des Landes und der gesamten Region mit einer guten wirtschaftlichen Infrastruktur.

AUF SPARKURS

17,2

Millionen Euro will die Stadt Saarbrücken laut ihrem Haushaltssanierungspfad von 2015 bis 2019 sparen.

QUELLE: WWW.SAARBRUECKEN.DE

„Wir wollen an unserem harten Konsolidierungskurs festhalten, dabei aber die Stadt nicht kaputtsparen.

Ralf Latz , Bürgermeister in Saarbrücken

Mehr Informationen

Auf www.demo-online.de finden Leser das Interview mit Ralf Latz in voller Länge.

Karnevalisten sitzen unter der Düsseldorfer Schuldenuhr. Sie zeigt an, seit wann die Stadt Düsseldorf schuldenfrei ist. Obwohl die Kommune jetzt Bankkredite braucht, läuft die Uhr weiter.

Städte in NRW im Wandel

Das angeblich reiche Düsseldorf muss Schulden machen, das arme Duisburg legt einen Haushalt ohne Defizit vor. Nicht alle profitieren von der positiven Konjunktur

Autorin Maicke Mackerodt

Drei Kommunen in Nordrhein-Westfalen wandeln sich: Düsseldorf galt seit Jahren – zumindest wirtschaftlich – als schuldenfrei. Umso erstaunlicher, dass die elegante Stadt am Rhein nun Kredite bei einem Geldinstitut aufnehmen muss. Die gebeutelte Stadt Duisburg dagegen sparte eisern, erhöhte Steuern und Gebühren und schreibt seit 1992 erstmals wieder schwarze Zahlen. Auch Wuppertal wittert Morgenluft und hat für 2017 eine Schwarze Null angepeilt. Die Stadt profitiert auch vom „Stärkungspakt Stadtfinanzen", das das Land NRW 2011 beschlossen hat.

Überschuldete oder von Überschuldung bedrohte Kommunen stehen damit insgesamt Konsolidierungshilfen in Höhe von 5,76 Milliarden Euro zur Verfügung. Im Gegenzug müssen die betroffenen Städte und Gemeinden aber einen klaren Sanierungskurs einschlagen, wie das Ministerium für Inneres und Kommunales informiert.

Duisburg ohne Defizit

Die Ruhrpottstadt kann zum ersten Mal seit 24 Jahren wieder einen Haushaltsabschluss ohne Defizit vorlegen. 2014 gab es zwar noch ein Minus von 50 Millionen Euro. Die Stadt hat aber nicht nur eisern gespart sondern auch Steuern und Gebühren erhöht. Ein weiterer Pluspunkt: Auch Duisburg erhält Geld aus dem Stärkungspakt des Landes. So hat es die 500.000-Einwohner-Stadt geschafft, erstmals seit 1992 keine neuen Schulden mehr zu machen. Damit hat die Stadt Duisburg das Ziel, zu dem sie sich im „Stärkungspakt Stadtfinanzen" verpflichtet hat, ein Jahr früher erreicht als erwartet. Das hat sicher auch mit den historisch niedrigen Zinsen der EZB zu tun, die die immensen Schulden der Hafenstadt erträglich machen.

„Wir haben der Stadt und den Bürgern in Duisburg viel zugemutet."

Oberbürgermeister Sören Link (SPD)

Der sozialdemokratische Oberbürgermeister Sören Link jedenfalls blickt stolz auf den Jahresabschluss 2015 und bezeichnet ihn als „Meilenstein": „Den städtischen Haushalt trotz aller Widrigkeiten wieder ins Lot zu bringen, ist eines meiner vordringlichen Ziele. Unsere Anstrengungen haben sich ausgezahlt." Das hat aber sicher auch mit einer Politik zu tun, die jahrelang ein Haushaltssicherungskonzept einhalten musste. Denn viele Jahre stand Duisburg mit dem Rücken zur Wand. Allein 2009 lag das Defizit bei 187 Millionen Euro.

Höhere Gebühren und Steuern

Um schwarze Zahlen zu schreiben, haben OB Sören Link (SPD) und der Rat sich entschieden, die Gebühren und die Grundsteuer B für bebaute Grundstücke zu erhöhen. „Wir haben der Stadt und den Bürgern damit viel zugemutet." Duisburg liegt jetzt bei einem Satz von

FOTOS: FRDERICO GAMBARINI / DPA; ZOLTAN LESKOVIS

855 – und gehört damit zu den Spitzenreitern. Der Durchschnitt begnügt sich mit der Hälfte. Die Gewerbesteuer ist in Duisburg mit einem Satz von 520 landesweit ebenfalls eine der höchsten. Duisburg bescherte die Erhöhung im vorigen Jahr bereits satte 20 Millionen Euro Mehreinnahmen. Duisburg wollte einfach nicht die kulturelle Förderung z.B. für das älteste kommunale Kino Deutschlands und bei den Sportvereinen noch weiter kürzen.

Duisburg ist mit vielen Unwägbarkeiten zuletzt gut zurechtgekommen. Die Hafenstadt muss nicht nur – wie alle hoch verschuldete Kommunen – Flüchtlinge versorgen. Die Stadt hat mit 14.000 sozial schwachen Rumänen und Bulgaren außerdem noch eine erhebliche innereuropäische Zuwanderung zu finanzieren. Kein Wunder, dass der Sozialetat voriges Jahr 46 Millionen Euro über dem geplanten lag. Letztendlich war die schwarze Null nur zu schaffen, weil das Land allein voriges Jahr rund 53 Millionen Euro nach Duisburg überwiesen hat. Diese Landeshilfe wird bis 2021 schrittweise abgebaut. Für OB Sören Link ist klar: Es muss weiter eisern gespart werden. Denn auch bei der Pro-Kopf-Verschuldung gehört die Stadt mit 29 Millionen Euro an Kreditzinsen pro Jahr zur NRW-Spitzengruppe.

Düsseldorf nimmt Kredit auf

Der Düsseldorfer Oberbürgermeister Thomas Geisel gilt als neuer Star der NRW-SPD. Für den Ex-Manager und Langstreckenläufer sind Kredite kein Tabuthema mehr. Lange galt die reiche Landeshauptstadt – zumindest wirtschaftlich – als schuldenfrei. Obwohl sie die relativ niedrigen Sätze ihrer Gewerbesteuer – im Gegensatz zu Duisburg, Bochum und Mülheim – seit Jahren nicht erhöht hat. Doch die Gewinne aus dem Verkauf von Stadtwerke-Anteilen und RWE-Aktien sind weitestgehend aufgezehrt. Jetzt musste Düsseldorf bei einer Bank einen Kredit von 87,5 Millionen Euro zur kurzfristigen Liquditätssicherung aufnehmen. Zu null Prozent Zinsen, wie die Stadt auf ihrer Homepage mitteilt.

Der Grund für die Kreditaufnahme: Die Stadt Düsseldorf musste direkt zum Jahresanfang aussergewöhnlich hohe Gewerbesteuerrückzahlungen leisten. Waren es im ganzen vergangenen Jahr nur insgesamt 155 Millionen Euro, sind es in den ersten beiden Monaten bereits 109 Millionen. Das stellt selbst Düsseldorf kurzfristig vor Liquiditätsprobleme. Aber die eigentliche Ursache liegt tiefer.

Nie wirklich schuldenfrei

Nach seiner Amtsübernahme im September 2014 hatte OB Geisel Kassensturz gemacht und bestätigt, was eigentlich immer bekannt war: Düsseldorf war nie wirklich schuldenfrei. „Die Landeshauptstadt Düsseldorf hat über ihre Verhältnisse gelebt. In den letzten sechs Jahren wurden im Schnitt jährlich etwa 100 Millionen Euro mehr ausgegeben, als eingenommen."

Hintergrund: Unter Geisels CDU-Amtsvorgängern Joachim Erwin und Dirk Elbers ist viel Geld in Projekte wie den Kö-Bogen-Tunnel und die Wehrhahn-Linie investiert worden. Insgesamt fast eine Milliarde Euro. Dadurch ist das Finanzpolster aus dem Verkauf der Stadtwerke und der RWE-Aktien, das einmal über 600 Millionen Euro betragen hatte, mittlerweile so gut wie weg, die Rücklagen sind aufgebraucht. Währenddessen sind dringend notwendige Maßnahmen hingegen auf der Strecke geblieben. Das betrifft in allererster Linie das Thema Schulbau und -sanierung. In den letzten Monaten wurden drei große Maßnahmenpakete verabschiedet, die Beträge im dreistelligen Millionenbereich kosten werden. Deswegen, so stellt der OB fest, „stehen wir in der Tat – was die Liquidität der Stadt angeht – vor Herausforderungen".

Gleichwohl will Geisel auf die Investitionen nicht verzichten: „Wir sind eine wachsende Stadt. Und wir können nur wachsen, wenn wir in die Erschließung neuer Wohngebiete, in Schulen, Kindergärten, Radwege und den öffentlichen Personennahverkehr investieren." „Wir müssen das Thema Schulden endlich entmythologisieren", so Oberbürgermeister Thomas Geisel weiter. „Nur eines geht nicht, dass wir laufende Ausgaben aus Krediten finanzieren."

„Düsseldorf war nie wirklich schuldenfrei."

Thomas Geisel

„Wir haben mehr Handlungsspielraum."

Andreas Mucke

Schwebebahn in Wuppertal. 2017 peilt die Stadt einen ausgeglichenen Haushalt an.

Wende in Wuppertal

2016 soll das vorläufig letzte Jahr in der Wuppertaler Stadtgeschichte sein, in welchem die Stadt Schulden aufnehmen muss. Lange galt Wuppertal als eine der ärmsten Städte in NRW. Der Doppelhaushalt 2016/2017 sieht nun nur noch 12 Millionen Euro Neuverschuldung vor. Für 2017 peilt die Kommune sogar wieder die erste schwarze Null seit 25 Jahren an. „Damit rückt die kommunale Selbstbestimmung und so mehr Handlungsspielraum für uns in Sichtweite", freut sich OB Andreas Mucke.

Noch im Jahr 2009 wurden 203 Millionen Euro Schulden gemacht, nachdem Ausgaben im Sozialbereich förmlich explodiert waren. Bis 2011 das Stärkungspaket des Landes NRW die Wende einleitete. Wuppertal zählte mit einer Verschuldung von mehr als zwei Milliarden Euro zu den Städten, die zur Teilnahme am Stärkungspaket sogar verpflichtet waren. Zwei Sparpakte hatte die Stadt bis dahin vergeblich geschnürt und das Schauspielhaus und einige Schwimmbäder gegen heftigen Widerstand geschlossen oder in private Trägerschaft übergeben. Erst die 60 Millionen Euro des Landes NRW veränderten die Finanzsituation der 345.000 Einwohner Stadt mit der weltberühmten Schwebebahn.

Zwei Jahre später hatte sich die Finanzsituation der Stadt bereits enorm verbessert, nicht zuletzt auch durch Finanzspritzen des Bundes für die Flüchtlinge. Für das laufende Jahr erhielt Wuppertal vier Millionen Euro als Ausgleichszahlung für die Betreuung von Zuwanderern. Auch die Einnahmen aus der Gewerbesteuer fließen nach der Finanz- und Wirtschaftskrise wieder. Eigentlich sollte die Förderung des Landes mit 60 Millionen Euro jährlich 2016 enden. Nun wurde die Frist dank einer Sondergenehmigung bis 2017 verlängert.

Wuppertal profitiert außerdem von einem weiteren Sonderprogramm des Landes. Insgesamt werden in NRW 147 Einzelmaßnahmen aus 100 Städten und Gemeinden mit 72 Millionen Euro gefördert. Unter den vorbildlichen Projekten, die Fördergelder erhalten, werden einige aus Wuppertal mit 522.000 Euro unterstützt. „Meist handelt es sich um Maßnahmen, die von starkem bürgerschaftlichen Engagement in der Flüchtlingshilfe begleitet werden", freut sich SPD-Landtagsabgeordneter Dietmar Bell.

Mehr Informationen

https://wuppertal.de/rathaus-buergerservice/finanzen/index.php

FOTOS: ANTJE ZEIS LOI / MEDIENZENTRUM WUP; MICHAEL GSTETTENBAUER VIA WIKIMEDIA COMMONS, CC BY-SA 4.0, STADT WUPPERTAL

Luft verschaffen

Der Bund fördert seit 2015 ärmere Kommunen. Der Abruf läuft bislang spärlich – daher sollen die Fristen verlängert werden

Autor Ulf Buschmann

Das Kinder- und Familienzentrum Fähr-Lobbendorf wird saniert. Rund 3,5 Millionen Euro gibt die Stadt Bremen dafür aus. Das alles wird auf vier Jahre verteilt. 150.000 Euro sollen es in diesem, 800.000 im kommenden Jahr sein. In die Vollen geht die Stadtgemeinde erst 2018 und 2019. Dann ruft sie 1,5 Millionen beziehungsweise eine Million Euro ab. So oder ähnlich geschieht es mit insgesamt 22 Projekten. Die Gesamtkosten betragen 34,4 Millionen Euro.

Eigentlich kann sich das notorisch klamme Bremen solch einen Berg von Investitionen gar nicht leisten. Schützenhilfe gibt es aber vom Bund. Rund 3,5 Milliarden Euro macht Berlin locker, um den darbenden Städten und Gemeinden dringend notwendige Investitionen zu erlauben oder zumindest zu erleichtern. Kommunalinvestitionsförderungsfonds heißt das Zauberwort, das für Luft in den Kassen sorgt. Der Förderzeitraum reicht vom 1. Juli 2015 bis zum 31. Dezember 2018. Im Rahmen dieses Programms hat der Bund bereits im vergangenen Jahr 500 Millionen Euro bereitgestellt. Jeweils eine Milliarde folgen in diesem Jahr sowie 2017 und 2018. Grundlage dafür ist das Kommunalinvestitionsförderungsgesetz (KInFG). Danach übernimmt der Bund bis zu 90 Prozent der Kosten einer jeden Maßnahme. Die restlichen mindestens zehn Prozent entfallen auf Länder, Kommunen eingeschlossen.

SCHÜTZENHILFE

3,5

Milliarden Euro hat der Bund 2015 für Investitionen bereitgestellt.

90

Prozent der Kosten jeder Maßnahme übernimmt der Bund maximal. Mindestens zehn Prozent finanzieren Länder oder Kommunen.

QUELLE: KINVFG

Schwerpunkt Infrastruktur

Zulässig sind laut Gesetz „Investitionen mit Schwerpunkt Infrastruktur“ wie Krankenhäuser, Lärmschutz und Ausbau des Breitbandnetzes sowie „Investitionen mit Schwerpunkt Bildungsinfrastruktur“. Hierzu zählen zum Beispiel „Einrichtungen der frühkindlichen Infrastruktur“ oder die „energetische Sanierung von Einrichtungen der Schulinfrastruktur“. Davon profitieren die Länder Nordrhein-Westfalen, Hessen, Rheinland-Pfalz, Saarland und Bremen aufgrund der Verteilungskriterien überproportional. Das bevölkerungsreichste Bundesland NRW erhält am meisten, denn 1.125.621.000 Euro fließen nach Düsseldorf – was einer Quote von 32,16 Prozent entspricht. „Die Fördermittel werden nach dem Finanzbedarf verteilt“, sagt Dana Zimmermann, Sprecherin des Ministeriums für Inneres und Kommunales, auf Anfrage der „DEMO“. Der Abruf des Geldes erfolge über die Bezirksregierungen im Rahmen eines vereinfachten Verwaltungsverfahrens.

Richtig losgehen mit dem Geldausgeben wird es in den Ländern, aber nicht nur in Bremen, frühestens in diesem, teilweise auch erst im nächsten Jahr. „Bisher war der Mittelabfluss aus dem Kommunalinvestitionsförderungsfonds recht gering. Dies dürfte vor allem durch den notwendigen Planungsvorlauf für Investitionsvorhaben und auch durch die Bindung von Kapazitäten vor Ort durch den Zuzug von Flüchtlingen und Asylbewerbern begründet sein“, sagt ein Sprecher des Bundesfinanzministeriums (BMF). Auch Helmut Dedy vom Deutschen Städtetag kommt zu dieser Einschätzung (siehe Seite 10). Aus den Bundesländern heißt es, über den Planungsvorlauf hinaus müssten auch die rechtlichen Voraussetzungen in Form von Gesetzen und Verwaltungsvereinbarungen geschaffen werden.

Verlängerung des Förderzeitraums

Der Bundesregierung ist es ein wichtiges Anliegen, dass investiert wird. „Daher wird das BMF zu gegebener Zeit eine Gesetzesänderung zur Verlängerung des Förderzeitraums und der Umsetzungsfristen um jeweils zwei Jahre auf den Weg bringen“, betont der BMF-Sprecher. Diese Strategie verschafft den Kommunen und Ländern zusätzlich Luft.

Beispiel Mecklenburg-Vorpommern: Die 79,28 Millionen Euro oder 2,27 Prozent werden nach Aussage von Finanzministeriumssprecher Wolfgang Kirschnick als „Zuschüsse für Städtebaumaßnahmen einschließlich altersgerechter Umbauten, Barriereabbau und Brachflächenrevitalisierung“ sowie für den Breitbandausbau zur Verfügung gestellt. Auf letzteres entfallen 50, auf ersteres 29,28 Millionen Euro. Dazu greift das Land finanzschwachen Kommunen unter die Arme: „Um die Eigenanteile für besonders finanzschwache Kommunen zur Komplementierung dieser Bundesmittel zu finanzieren, wird das Sondervermögen Kommunaler Aufbaufonds Mecklenburg-Vorpommern im Jahr 2016 um drei Millionen Euro aufgestockt, beziehungsweise es werden vom Land Kofinanzierungsmittel bereitgestellt“, sagt Kirschnick. 2017 werden es zwei Millionen Euro sein.

Auch andere Länder haben Anstrengungen unternommen, um die Investitionen anzukurbeln. Rheinland-Pfalz: Es bekommt einen Anteil von 7,23 Prozent. In harten Zahlen sind das 253,2 Millionen Euro. So hat die Landesregierung in Mainz entschieden, dass das Programm unter anderem „durch zusätzliche Landesmittel in Höhe von 31,7 Millionen Euro aufgestockt wird“, heißt es in einer Mitteilung. Niedersachsen geht einen etwas anderen Weg. Dort sind 22 Kommunen von den Zuschüssen nach dem KInFG ausgeschlossen. Begründung laut Innenministerium: Ihre Finanzkraft übersteige den Bedarf. Dies betreffe indes keinen der Landkreise. Sie sind in der Regel so klamm, dass dorthin Geld aus Berlin fließt. Insgesamt sind es 9,36 Prozent oder 327.540.500 Euro.

Anzeige

ADMIRAL SPIELHALLE

„Der Überschuss verteilt sich sehr unterschiedlich“

Helmut Dedy: Die unterschiedliche Investitionskraft der Länder bleibt trotz Soforthilfe des Bundes ein großes Problem

Interview Karin Billanitsch

Herr Dedy, vor einem Jahr hat die Bundesregierung das kommunale Investitionspaket verabschiedet. Damit haben die Kommunen große Hoffnungen auf Entlastung verknüpft. Dann kam die Flüchtlingszuwanderung. Das gibt Anlass zu fragen: Was hat der Bund für die Kommunen bereits getan?

Der Bund hat viel getan, aber noch nicht genug. Dazu gehört das kommunale Investitionsförderungsgesetz, das mit dem Ziel aufgelegt wurde, strukturschwache Städte zu entlasten. Der Bund hat die Soforthilfe – eine Milliarde in den Jahren 2015 und 2016, 2,5 Milliarden im Jahr 2017 – auf den Weg gebracht. Wir haben die Aufstockung im Programm „Soziale Stadt“. Es ist eine ganze Menge passiert – und dennoch bleibt ein großes Problem, und das ist die unterschiedliche Investitionskraft, die wir in den Kommunen von Land zu Land haben.

Die Kommunen haben die Finanzhilfen wohl nicht in dem erwarteten Maße abgerufen. Worin sehen Sie den Grund?

Der Bund ist gerade dabei, die Laufzeit des kommunalen Investitionsförderungsgesetzes zu verlängern. Das Gesetz war für drei Jahre geplant und wird jetzt auf fünf Jahre gestreckt. Hintergrund dafür ist eine Initiative von uns. Denn die Investitionen lassen sich nur verwirklichen, wenn die technischen Ämter der Kommunen die Vorbereitungen und Zuarbeiten schaffen können. Genau diese Ämter waren 2015 massiv in der Flüchtlingsunterbringung involviert. Daher haben wir in Abstimmung mit dem Land Hessen dafür plädiert, den Zeitraum zu strecken, und der Bund kommt dem jetzt wohl nach. Es ist in der Koalition abgestimmt, heißt es.

Konnten durch die Flüchtlingszuwanderung Investitionen nicht abgewickelt werden?

Die Mittel sind abgerufen worden, soweit das eben ging. Aber es gibt keine Investition ohne die technischen Ämter. Wenn diese Ämter bereits ausgelastet sind, etwa ein Bauamt, das sich um die Unterbringung der Flüchtlinge kümmern muss, dann kann es nicht gleichzeitig diese Investitionen vorbereiten. Ich mache dem Bund bei diesem Thema keinen Vorwurf. Es trat einfach eine neue Situation ein, mit der die Ämter 2015 umgehen mussten.

„Kalte Kommunalisierung heißt: Wenn nichts passiert, haben wir die Herausforderung in unseren Haushalten.

Helmut Dedy, Vize-Geschäftsführer des Deutschen Städtetags

Ordnen Sie bitte die aktuelle Lage ein – wo stehen die Kommunen jetzt?

Nach den aktuellen Zahlen des Statistischen Bundesamtes stehen die Kommunen in der Gesamtschau mit einem deutlichen Überschuss da. Dieser Überschuss von mehr als drei Milliarden Euro verteilt sich sehr unterschiedlich. Das lässt sich am besten an den Investitionszahlen verdeutlichen. Die bayerischen Kommunen investieren drei Mal so viel pro Einwohner wie im Saarland, in Nordrhein-Westfalen oder Mecklenburg-Vorpommern. Das ist eine enorme Spanne. Wir kommen an einen Punkt, wo die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse jedenfalls auf der investiven Seite nicht mehr gegeben ist. Investitionen, egal ob Neuinvestitionen oder Erhaltungsinvestitionen, sind der Schlüssel für künftiges wirtschaftliches Potenzial und die Zukunftschancen der Menschen. Es gibt Bereiche, die nicht mehr zukunftsfähig gehalten werden können. Wir brauchen mehr Initiativen, um das Auseinanderdriften auszugleichen.

Forderungen nach weiterer Unterstützung und der kommunale Milliarden-Überschuss – wie passt das zusammen?

Bei der Flüchtlingssituation würde ich gerne aus der kommunalen Sicht darlegen, was da gerade passiert. Wir haben die Erstaufnahme und Versorgung: Das ist eine gemeinsame Aufgabe von Kommunen und Ländern. Da sind wir mit den Ländern im Gespräch über die Kostenerstattung, der Bund hat einen ersten Betrag beigesteuert. Das eigentlich wichtige Thema, das jetzt beginnt, ist die Integration. Dabei befürchten wir eine Entwicklung, die wir „kalte Kommunalisierung“ nennen. Wenn gar nichts passiert, wenn Bund und Länder jetzt einfach nichts tun, dann wird der Aufwand, der mit den Flüchtlingen nach ihrer Anerkennung durch das BAMF für die Städte verbunden ist, in den kommunalen Haushalt gebucht. Der Geflüchtete hat dann einen Anspruch auf Kosten der Unterkunft. Wenn er Kinder hat, brauchen die einen Kitaplatz oder eine Schule. Die Menschen benötigen Sprach- oder Integrationskurse, die zum Teil vom Bund bezahlt werden und vor Ort häufig über die Volkshochschulen laufen. Die Infrastruktur für Vereine muss aufrechterhalten werden. Der ÖPNV muss sich der gestiegenen Bevölkerungszahl anpassen. Das alles ist kommunale Aufgabe. Kalte Kommunalisierung heißt: Wenn nichts passiert, haben wir die Herausforderung in unseren Haushalten.

Welche Forderungen haben Sie?

Wir brauchen vom Bund die Zusage, dass er die flüchtlingsbezogenen Kosten der Unterkunft übernimmt. Das ist bisher noch nicht erfolgt, aber die Gespräche machen mir Hoffnung. Die Länder sind bei dem Teil der Infrastruktur gefordert, der auch für Flüchtlinge gedacht ist. Das betrifft zum Beispiel Schulen oder Kitaplätze. Auch hier brauchen wir Hilfen.

Welche finanzielle Unterstützung benötigen die Kommunen also zusätzlich zu den bisherigen Hilfen?

Im Koalitionsvertrag wurde verabredet, dass die Kommunen um fünf Milliarden Euro entlastet werden sollen ab 2018. Diese fünf Milliarden haben mit der Flüchtlingszuwanderung nichts zu tun. Bislang ist noch nicht entschieden worden, auf welchem Weg das passieren soll. Der Deutsche Städtetag plädiert nachdrücklich dafür, dass das Geld als Entlastung über die Kosten der Unterkunft an die Kommunen fließen soll. Die flüchtlingsbezogenen Kosten der Unterkunft sollen da noch obendrauf kommen. In diesen Punkten sind wir im Gespräch mit dem Bund, die Länder sind auch im Gespräch mit dem Bund. Das wird eine entscheidende Wegmarke sein. Wenn wir beide Ziele erreichen, dann entlastet das die strukturschwächeren Städte.

FOTO: DAVID AUSSERHOFER

Mehr Information

Die lange Fassung des Interviews mit Städtetagsvize und Finanzdezernent des Städtetags, Helmut Dedy, lesen Sie unter www.demo-online.de

www.pwclegal.de

Besser verstehen. Schneller handeln.

pwc

Ob Automobilindustrie oder Energieversorgung, ob kommunale Unternehmen oder Einrichtungen der öffentlichen Hand: Unsere Rechtsanwälte zeichnen sich nicht nur durch juristische Expertise aus, sondern auch durch spezifisches Branchenwissen. So können sie sich in kürzester Zeit in Ihre Fragestellungen einarbeiten und Sie in allen Rechtsgebieten gezielt beraten. An 21 Standorten in Deutschland und dank unseres weltweiten PwC Legal-Netzwerks auch weit darüber hinaus. Ihr Kontakt: Dr. Sven-Joachim Otto, Tel.: +49 211 981-2739, sven-joachim.otto@de.pwc.com

© 2016 PricewaterhouseCoopers Legal Aktiengesellschaft Rechtsanwaltsgesellschaft. Alle Rechte vorbehalten.
„PwC Legal" bezeichnet in diesem Dokument die PricewaterhouseCoopers Legal Aktiengesellschaft Rechtsanwaltsgesellschaft, die zum Netzwerk der PricewaterhouseCoopers International Limited (PwCIL) gehört. Jede der Mitgliedsgesellschaften der PwCIL ist eine rechtlich selbstständige Gesellschaft.

In Text gegossene Disziplin

Rettungsring oder Zwangsfessel? Nachhaltigkeitssatzungen sind zunehmend verbreitet – aber nicht überall unumstritten

Autor Uwe Roth

Für künftige Generationen vorsorgen: Kommunen können sich per Satzung zu einer Mindestreserve für Investitionen verpflichten.

Nachhaltigkeitssatzungen können selbst ausgeworfene Rettungsringe hoch verschuldeter Kommunen sein. Oder auch ein Zeichen der Wohlhabenheit schuldenfreier Kommunen, die mit den strengen Vorgaben kaum ins Gehege kommen. Jene Gemeinden, die mit ihren Finanzen irgendwo zwischen diesen Extremen stehen, wissen oft nicht so recht, ob eine in Satzung gegossene Zwangsdisziplinierung wirklich nachhaltige Erfolge für den Haushalt bringt.

Die niedersächsische Stadt Twistringen, 30 Kilometer südwestlich von Bremen, ist mit 19 Millionen Euro die am höchsten verschuldete Kommune im Landkreis Diepolz. „Die Haushaltssituation ist durchaus als prekär zu bezeichnen“, ließ Bürgermeister Martin Schlake im Februar über die Lokalzeitung verlauten. Im März lehnte die Kommunalaufsicht den mit heißer Nadel gestrickten Haushalt ab. Nun soll eine Schuldenbremse installiert werden. „Ich möchte über die nächste Wahlperiode hinaus Pflöcke einschlagen“, so der parteilose Bürgermeister. „Das wollen wir durch eine generationengerechte Nachhaltigkeitssatzung und Haushaltsplanung ermöglichen.“

In keinem der 13 Flächenländer besteht eine gesetzliche Pflicht zum Beschluss einer Nachhaltigkeitssatzung. Sie werden freiwillig beschlossen. Die Regelungen sind strenger als die entsprechenden im Haushaltsrecht. Unterschieden wird zwischen Satzungen der ersten und der zweiten Generation. Die erste besteht primär aus Vorschriften, die den Charakter einer kameralen Geldschuldenbremse haben, erläutert Andreas Burth, Betreiber des Onlineportals Haushaltssteuerung.de. Meistens ist der Fokus auf die Begrenzung der Kredit- und Kassenkreditschulden in Form eines Neuverschuldungs- oder eines generellen Verschuldungsverbots gelegt. Die zweite Generation hat einen doppischen Charakter und legt den Fokus auf die ortsrechtliche Verankerung des Modells einer doppischen Kommunalschuldenbremse mit „Generationenbeitrag“. Diese Sonderabgabe soll sicherstellen dass das ordentliche Ergebnis dauerhaft ausgeglichen ist.

Diesen ehrgeizigeren Weg zum soliden Haushalt ist ursprünglich die 18.500-Einwohner-Stadt Freudenberg im Landkreis Siegen-Wittgenstein gegangen. Dort wurde im Jahr 2014 eine Satzung verabschiedet. Schon damals gegen den Willen der SPD im Rat. Nach der Kommunalwahl haben sich die Machtverhältnisse geändert. Gemeinsam mit der Alternativen Liste setzte die SPD gegen den Widerstand von CDU, Grüne und FDP die Satzung außer Kraft. Die im September 2015 gewählte Bürgermeisterin Nicole Reschke (SPD) erklärt wieso: Das Vorziehen der Haushaltskonsolidierung von 2020 auf 2017 wäre nur mit einer Erhöhung der Grundsteuer B für bebaute sukzessive von 480 auf knapp unter 1000 Punkte möglich gewesen. Dagegen habe die Bürgerschaft rebelliert. Die Grundsteuer B besteuert den Grund und Boden einschließlich der Gebäude.

> **„Ich habe nicht die große Sorge, dass wir das Ziel verfehlen. Aber eine Kraftanstrengung ist es schon.“**
>
> Nicole Reschke, Bürgermeisterin in Freudenberg (SPD)

„Sparen ohne Zwangsfesseln“

Reschke zeigt dafür Verständnis. Sparen geht ohne Zwangsfesseln, ist sie überzeugt. So seien ein Hallenbad geschlossen und kommunale Gebäude verkauft worden. Das Konsolidierungsziel liegt wieder im Jahr 2020. Im vergangenen Jahr beliefen sich die Kassenkredite auf rund eine Million Euro. Überschaubar, sagt die 37-Jährige. „Ich habe daher nicht die große Sorge, dass wir das Ziel verfehlen. Aber eine Kraftanstrengung ist es schon.“

Im 250 Kilometer entfernten Overath hat man sich hingegen an die Nachhaltigkeitssatzung gewöhnt. „Alle Fraktionen haben sich parteiübergreifend auch im Jahr 2016 zu den Erfordernissen der Nachhaltigkeitssatzung bekannt. Das Hauptziel eines ausgeglichenen Haushaltes wird von den Mitgliedern des Rates getragen und konsequent verfolgt“, teilt Bürgermeister Jörg Weigt (SPD) mit. Für das laufende Jahr mussten keine neuen Kredite aufgenommen, von 2017 an sollen Schulden abgebaut werden. Wegen der Anhebung der Grundsteuer B habe es jedoch Unmut in der Bevölkerung gegeben.

In Ingelheim am Rhein (Rheinland-Pfalz) kann man sich hingegen eine Nachhaltigkeitssatzung leisten, die keine kommunalpolitischen Umstände macht. Oberbürgermeister Ralf Claus (SPD) sagt: „Die Stadt verfügt über eine komfortable Finanzausstattung. Wir sind schuldenfrei und unsere Rücklagen sind nicht unerheblich.“ Dennoch habe sich der Stadtrat auf seine Initiative hin entschlossen, für künftige Generationen vorzusorgen. „Wir haben uns über die Satzung unter anderem selbst verpflichtet, eine Mindestreserve nicht zu unterschreiten. Auf diese Weise wollen wir dafür sorgen, dass auch in Zukunft wichtige Investitionen realisiert werden können.“

FOTO: THOMAS IMO/PHOTOTHEK.NET

Die wichtigste Stellschraube

Den Hebesatz der Gewerbesteuer erhöhen oder Leistungen einschränken – vor dieser Frage stehen viele Gemeinderäte

Autor Ulf Buschmann

Lemwerder hatte es gut. In den Jahren 2010 und 2013 lebte die 7000-Einwohner-Gemeinde in Bremens Nachbarschaft wie in einem Land, in dem Milch und Honig fließen – beziehungsweise die Gewerbesteuer. Jeweils rund 25 Millionen Euro Gewerbesteuereinnahmen verzeichnete Lemwerder. Zwar floss das meiste in den Finanzausgleich des Landkreises Wesermarsch, doch für Lemwerder reichte es immer noch, um seine Vorhaben aus eigener Tasche zu bezahlen. Dafür sorgten diverse florierende Unternehmen, zwei Werften vorneweg.

Zwar war der Gewerbesteuer-Strom danach kleiner geworden, doch laut Prognose für das vergangene Jahr sollte Lemwerder von rund sechs Millionen Euro Gewerbesteuer ausgehen können. Doch die Haushaltsplaner im Rathaus rechneten nicht mit einem Gerichtsurteil, wonach die Gemeinde gut drei Millionen Euro sofort zurückzahlen musste. Dieser Bescheid flatterte im Spätsommer 2015 ins Rathaus – genau zu der Zeit also, als sich die Lokalpolitiker und die Mitarbeiter der Verwaltung erste Gedanken über den Haushalt 2016 machten. Jetzt hat auch die Gemeinde mit dem dritthöchsten Gewerbesteueraufkommen je Einwohner in Niedersachsen von 3.738 Euro im Jahr 2013 mit grundsätzlichen Problemen zu kämpfen. Den Hebesatz von derzeit 360 Prozent erhöhen oder Leistungen einschränken? Beides mögen die Kommunalpolitiker nicht.

Beide widerstreitende Positionen „gibt es in jedem Stadt- und Gemeinderat", weiß Uwe Zimmermann, Finanzreferent des Deutschen Städte- und Gemeindebundes. Schließlich sei die Gewerbe- neben der Grundsteuer die einzige direkte Einnahmequelle der Kommunen. Hinzu kommt der Anteil an der Einkommensteuer von 15,5 Prozent. Rund 37,1 Milliarden Euro netto nehmen die Kommunen allein in diesem Jahr laut Prognose an Gewerbesteuer ein, der durchschnittliche Überschuss betrage zwei Milliarden Euro. Doch der Geldfluss ist extrem ungleich verteilt, sowohl lokal als auch bundesweit. Beispiel Berne: Die Nachbargemeinde von Lemwerder steht seit mehreren Jahren unter der Kommunalaufsicht des Landkreises Wesermarsch. Wie viele arme Kommunen erhebt sie höhere Steuern. Laut einer Studie von Ernst & Young (EY) haben deutschlandweit im ersten Halbjahr des Jahres 2015 1.558 Kommunen die Gewerbesteuer erhöht. In 35 Kommunen sei sie gesenkt worden.

„Man darf die Steuerschraube nicht überdrehen."

Uwe Zimmermann, Finanzreferent des Deutschen Städte- und Gemeindebundes

Unternehmen reagieren empfindlich

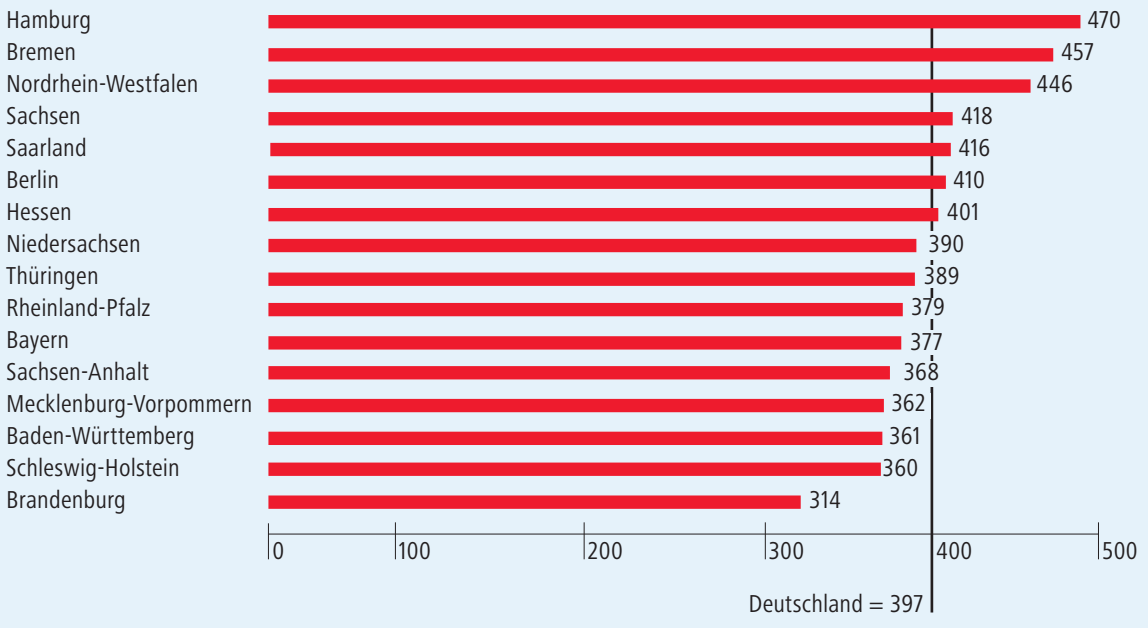
Allerdings sei auffallend, dass die Gewerbesteuer weniger stark steige als etwa die Grundsteuer. Den Grund sieht Professor Bernhard Lorentz, Partner bei EY, darin, dass Unternehmen auf Gewerbesteuererhöhungen durchaus empfindlich reagieren und ihren Sitz in Kommunen mit niedrigeren Steuersätzen verlagern könnten. Eine Grundsteueranhebung dagegen sei risikoloser: „Kein Haus oder Wohnungseigentümer verkauft sein Haus wegen einer höheren Grundsteuer." Zimmermann warnt denn auch mit Blick auf Gewerbesteuererhöhungen: „Man darf die Steuerschraube nicht überdrehen." Dies liege den Lokalpolitikern jedoch fern, im Gegenteil. „Sie gehen maßvoll mit ihrer Gewerbesteuer um", sagt Zimmermann.

Sabine Tischendorf, Expertin für Kommunal- und Landesfinanzen der SPD Brandenburg, fordert unter anderem eine angemessene Finanzausstattung der Kommunen: Das Geld für die Pflichtausgaben müssten die Kommunen bekommen. Hierzu müsse es genaue Festlegungen darüber geben, welche Aufgaben jede einzelne Kommune überhaupt hat. Auch die Standards beispielsweise für die Ausstattung von Schulen und Sportstätten müssten festgeschrieben werden. Darüber hinaus sollten die Gemeinden die Einnahmen aus der Gewerbesteuer bekommen, um „freiwillige Aufgaben zu übernehmen".

Wie hoch die Gewerbesteuer letztlich sei, müsse jede Stadt und Gemeinde für sich selbst ausrechnen, sagt Tischendorf. Auf der einen Seite könne der Hebesatz so niedrig sein, dass die jeweilige Kommune zusätzlich Geld über die Schlüsselzuweisungen des Landes bekomme. Als Alternative nennt die Finanzfachfrau eine offensive Ansiedlungspolitik. In diesem Fall sprudeln die Gewerbesteuereinnahmen so heftig, dass die Kommune Schlüsselzuweisungen verliert. Unter dem Strich jedoch mache sie ein Plus.

Den genannten Weg einer offensiven Gewerbeansiedlungspolitik hat etwa die Gemeinde Monheim in NRW eingeschlagen, die mit einer extrem niedrigen Gewerbesteuer lockt. Indes ist auch diese Option umstritten: Für diesen „Steuerkannibalismus", wie Oberhausens Kämmerer Apostolos Tsalastras es öffentlich nannte, erntete Monheims Bürgermeister Daniel Zimmermann harsche Kritik aus dem Ruhrgebiet.

Gewerbesteuer 2014 (Durchschnittlicher Hebesatz in %)



*Statistisches Bundesamt, Wiesbaden

GRAFIK: HEIDEMARIE LEHMANN, BERNHARDT LINK - FARBTONWERK

Vor dem Trierer Rathaus werden mobile Pflanzkübel aufgestellt. Das öffentliche Gemüsebeet ist eine Idee der Bürgerinnen und Bürger.

Gemüsebeete statt Freigetränk für alle

In Trier hat man mit dem online-gestützten Bürgerhaushalt gute Erfahrungen gemacht

Autorin Irmela Heß

Wenn Toni Loosen-Bach im Sommer aus dem Bürofenster schaut, sieht er Zucchini, Tomaten und Kräuterstauden. Aus der Grünfläche von einst ist ein Gemüsebeet geworden – dank Bürgerhaushalt. Trier gehört mit zu den ersten Städten in Deutschland, die diese Form der Beteiligung an der Haushaltsaufstellung eingeführt haben. Koordinator Loosen-Bach und Oberbürgermeister Wolfram Leibe (SPD) sind sich einig: „Mit dem Bürgerhaushalt ist es gelungen, viele Bürgerinnen und Bürger für das eher sperrige Thema ‚Kommunaler Haushalt´ zu interessieren und sie dafür zu gewinnen, ihre Ideen mitzuteilen, wofür die Stadt Geld ausgeben soll, und wie die Einnahmen verbessert werden können."

Was als Folge der Bürgerhaushalte seit 2009 verwirklicht wurde? Da sind zum einen das öffentliche Gemüsebeet vor dem Rathaus und weitere mobile Hochbeete, die je nach Bedarf in der Stadt verteilt werden können, dazu die Gründung einer Arbeitsgemeinschaft „Urbanes Gärtnern". Da ist zum anderen die Onlineplattform www.trier-mitgestalten.de. Während die Mitwirkung am nächsten Haushalt immer nur einige Wochen vor den Beratungen möglich ist, können hier das ganze Jahr über Verbesserungsvorschläge gemacht werden. Ansonsten sei es eher schwierig, konkrete Projekte zu nennen, sagt Leibe. „Die Vorschläge lassen sich nicht losgelöst vom gesamtpolitischen Diskurs betrachten. Sie unterstützen häufig Entscheidungsprozesse in den Fraktionen, beispielsweise die Forderung nach der Einführung einer kommunalen Geschwindigkeitskontrolle." Auch die Verbesserung der Radwege und des ÖPNV-Angebots waren vielen ein Anliegen.

Der Bürgerhaushalt funktioniert über eine Onlineplattform, auf der registrierte Bürger – die Stadtverwaltung kennt ihre Namen, aber öffentlich können sie auch einen Nutzernamen angeben – Vorschläge einreichen können. Wer keinen Internetzugang hat, kann sich auch per Brief zu Wort melden. Auf der Internetseite kann man alle Ideen lesen, kommentieren und bewerten. Die am besten beurteilten Maßnahmen werden von der Verwaltung geprüft und dem Rat zur Entscheidung vorgelegt. Zusätzlich können die Stadtratsfraktionen zu den Vorschlägen Stellung beziehen. Die Entscheidung über die Umsetzung findet dann im Rahmen der Haushaltsberatungen statt.

Der personelle und finanzielle Aufwand war zu Beginn relativ hoch, sagt Wolfram Leibe. Schließlich musste nicht nur die entsprechende Software eingeführt werden, sondern es mussten auch Menschen für das neue demokratische Verfahren gewonnen werden. Mittlerweile sind rund 3500 Personen im Onlineportal registriert, rund 2500 erhalten regelmäßig den Newsletter, in dem über Neuerungen informiert und jeweils zur Beteiligung am Bürgerhaushalt eingeladen wird. Der Haushalt wird als Onlinebroschüre eingestellt, in der die wichtigsten Eckpunkte verständlich dargestellt werden.

Kosten nach und nach gesunken

Die Sachkosten sind nach und nach gesunken. Wurden für den ersten Bürgerhaushalt 2009 insgesamt 80.000 Euro bereit gestellt kostete er 2010 rund 32.000 Euro, für den Doppelhaushalt 2017/2018 stehen rund 14.000 Euro zur Verfügung. Die anfallenden Personalkosten in Ämtern und Dezernaten lassen sich laut Leibe schwer messen.

Von der regen Beteiligung war Toni Loosen-Bach positiv überrascht: „Vorher gab es Befürchtungen, dass die Menschen nur ihre eigenen Vorteile im Sinn haben. Aber das war und ist nicht so. Es gibt wirklich viele gute Vorschläge, wie etwa die Stadt Geld sparen oder einnehmen kann." Und auch die Reaktionen sind ernst zu nehmen. Ideen wie etwa ein Freigetränk für jeden Trierer seien die schlecht bewertetsten gewesen. Die Einführung einer Kulturabgabe (die eingeführt, dann aus juristischen Gründen wieder abgeschafft werden musste) oder die Erhöhung der Gewerbesteuer kamen dagegen gut an.

Damit der Bürgerhaushalt weiterhin erfolgreich ist – Frankfurt etwa hat das Unterfangen wegen mangelhafter Beteiligung eingestellt, muss man für die Sache werben: So gibt es Infoveranstaltungen in Schulen und Senioreneinrichtungen, und man arbeitet eng mit dem Lokalen Agenda 21 Trier e.V. zusammen. Leibe betont: „Alle diese Maßnahmen führen nur dann zu einem Erfolg, wenn die Bürgerinnen und Bürger das Gefühl haben, dass ihre Vorschläge ernst genommen und möglichst auch umgesetzt werden."

www.trier-mitgestalten.de

SACHKOSTEN

80.000

Euro wurden für den Bürgerhaushalt 2009 bereitgestellt. 2010 waren es 32.000 Euro.

67.000

an Förderung hat die Stadt Trier vom Land 2009 für das Pilotprojekt erhalten.

14.000

Euro stehen aktuell im Doppelhaushalt 2017/2018.

QUELLE: PRESSEAMT TRIER

FOTO: PRESSEAMT TRIER

Kommune bewegt Welt

Der Preis für herausragende kommunale Beispiele zu Migration und Entwicklung

Ihre Stadt, Gemeinde oder Ihr Landkreis engagiert sich gemeinsam mit Migrantinnen und Migranten im Bereich der Entwicklungspolitik?

Ihre Kommune unterstützt Ihren Verein oder Ihre Initiative, um das Thema Migration und Entwicklung voranzubringen?

Bewerben Sie sich und lassen Sie Ihr gemeinsames Engagement auszeichnen!

Insgesamt 135.000 Euro Preisgeld

Bewerbungsschluss 15. Juli 2016

www.engagement-global.de/kommune-bewegt-welt

ENGAGEMENT GLOBAL
Service für Entwicklungsinitiativen

mit ihrer SERVICESTELLE KOMMUNEN IN DER EINEN WELT

Im Auftrag des Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

Wenn viele Bürger Geld zusammenlegen

Wie Crowdfunding für lokale Projekte funktioniert, zeigt ein Beispiel in Oestrich-Winkel

Autorin Irmela Heß

Es hört sich sinnvoll an: Städte mit kleinem finanziellen Spielraum leihen sich von ihren Bürgern Geld und setzen damit ein Projekt um. Die Vorteile: Etwas Erwünschtes wird Wirklichkeit, die Geldgeber wissen, was mit ihrem Geld passiert – und sind vielleicht sogar stolz auf das, was mit ihrer Hilfe realisiert wurde. Seit 2011 gibt es für solche Vorhaben die Online-Plattform „LeihDeinerStadtGeld" der CrowdDesk GmbH in Frankfurt, gegründet von Steffen Boller, Johannes Laub und Jamal El Mallouki als „bürgerschaftliche und unternehmerische Antwort auf die weltweite Finanzkrise".

Niedrige Zinsen hemmen Nachfrage

2012 wurde im hessischen Oestrich-Winkel ein erstes Projekt finanziert, seitdem aber keines mehr. Den Grund dafür sieht El Mallouki im zurzeit niedrigen Zinsniveau: „Das führt dazu, dass die Kommunen einen sehr niedrigen Zins anbieten müssten. Dies trauen sich die politisch Verantwortlichen nicht, da der Eindruck der Übervorteilung bei der Bürgerschaft entstehen könnte."

Mit mehr Erfolg läuft das ähnlich strukturierte Angebot: „LeihDeinerUmweltGeld". Seit dem Start in 2013 wurden 22 Projekte verschiedener Initiatoren mit einem Investitionsvolumen von knapp 45 Millionen Euro umgesetzt, unter anderem Photovoltaik- und Windkraftanlagen, Blockheizkraftwerke und eine Biogasveredelungsanlage.

„LeihDeinerStadtGeld" und „Leih DeinerUmweltGeld" funktionieren nach dem gleichen Prinzip: Statt dass die Kommune oder der Projektinitiator sich das benötigte Geld bei einer konventionellen Bank leihen, wird es bei Bürgerinnen und Bürgern (per Online-Plattform) geborgt. Viele geben jeweils eine geringe Summe im Verhältnis zum benötigten Gesamtkapital – der Fachbegriff lautet Crowdfunding oder auch Schwarmfinanzierung – und erhalten dafür eine Vergütung. Das Risiko ist abhängig vom Emittenten (also der umsetzenden Kommune oder Organisation), wobei die deutschen Kommunen, die Bundesländer und der Bund weltweit zu den sichersten Schuldnern gehören.

Die Startseite von LeihDeinerUmweltGeld.de: Die Online Plattform und ihre Wettbewerber bieten Kommunen die Möglichkeit, Geld von Bürgern einzusammeln um Projekte zu verwirklichen.

> **„Erstmals haben wir die Chance, die Bürgerbeteiligung zu stärken und gleichzeitig den städtischen Haushalt zu entlasten.**
>
> Michael Heil, Bürgermeister in Oestrich-Winkel

IN ZAHLEN

100.000

Euro hat Östrich-Winkel sich 2012 von den Bürgern für neue Funkgeräte geborgt.

45

Millionen Euro konnten seit 2013 über LeihDeinerUmweltGeld.de geliehen werden.

6.890

Euro investieren die Anlegerinnen und Anleger durchschnittlich auf www.LeihDeinerUmweltGeld.de.

QUELLE: WWW.LEIHDEINERUMWELTGELD.DE

Der Zinssatz ist abhängig vom Projekt, von der Kommune und dem jeweiligen Zinsumfeld. „Aktuell zahlen Kommunen für einen 10-jährigen Kommunalkredit ungefähr 1,50 Prozent pro Jahr Zinsen", sagt Jamal El Mallouki. Und erklärt: „Durch die Bereitstellung unserer Plattformen ermöglichen wir einen rechtlich sicheren Prozess zur Abwicklung von Bürgerbeteiligungen. Wir betreuen die Initiatoren, bereiten die konkrete Ausgestaltung vor, helfen bei der Vermarktung und sind erster Ansprechpartner für Bürgerinnen und Bürger. Wir übernehmen die Verwaltung der Verträge und die Koordinierung der Zins- und Tilgungsleistungen." „LeihDeinerStadtGeld" finanziert sich aus einer einmaligen und jährlichen Service-Gebühr, die projektabhängig zwischen 0,20 und 0,50 Prozent beträgt.

Ganz neu war die Idee 2011 nicht: Schon 2009 sammelte die Stadt Quickborn in Schleswig-Holstein in kurzer Zeit rund vier Millionen Euro bei ihren Bürgern, zahlte drei Prozent Zinsen für ein Jahr. Doch die Finanzaufsicht stoppte das Unterfangen mit dem Argument, dies sei ein Bankgeschäft, das von Kommunen nicht betrieben werde dürfe. Quickborn schaltete daraufhin für zwei weitere Bürgerdarlehen eine Bank dazwischen. Wer Geld ausleihen wollte, musste ein Konto bei der Bank eröffnen, der Mindestbetrag lag bei 5000 Euro pro Bürger. Mit diesen Bedingungen blieb der große Erfolg aus.

El Mallouki und seine Partner wollten mit ihrer Online-Plattform die Sache vereinfachen, sprachen mit der Finanzaufsicht, mit Bürgermeistern und Kämmerern. In Oestrich-Winkel hat man gute Erfahrungen mit „LeihDeinerStadtGeld" gemacht. Mit dem Bürgerkredit wurden neue Funkgeräte für die Freiwillige Feuerwehr angeschafft. Rund 100.000 Euro lieh man sich damals, versprach sich davon viel: „Erstmals haben wir die Chance, die Bürgerbeteiligung vor Ort zu stärken und gleichzeitig den städtischen Haushalt zu entlasten", freute sich 2012 der Erste Beigeordnete Michael Heil, der heute Bürgermeister ist. Ja, theoretisch könne man sich erneut eine solche Finanzierung vorstellen, heißt es aus der Verwaltung heute, aber man habe bisher kein geeignetes Projekt dafür.

Auch wenn bisher nur dieses eine Projekt umgesetzt wurde: El Mallouki und seine Kollegen wollen „LeihDeinerStadtGeld" weiterführen. „Die Zinssätze werden sich im Rahmen der neuen Eigenkapitalregeln für Banken (Basel III) für Kommunen ändern. Und wir arbeiten an Kooperationen mit Marktteilnehmern."

FOTO: DEMO

SPD BUNDESTAGSFRAKTION

Rechtspopulismus entgegentreten!

Menschenverachtende Argumente und Handlungen können nicht weggeschwiegen werden

Autorin Susann Rüthrich, Sprecherin der AG Strategien gegen Rechtsextremismus der SPD Bundestagsfraktion und stellvertretende Ausschussvorsitzende des Untersuchungsausschusses „Terrorgruppe NSU II“

Das Programm „Demokratie leben“ unterstützt Kommunen dabei, Bündnisse gegen rechten Hass zu bilden.

FOTO: THOMAS IMO/PHOTOTHEK.NET

Selbst wer sich nicht bewusst mit rechten Parteien und Gruppen beschäftigt, kommt an deren Stimmungsmache nicht mehr vorbei. Die Nachrichten und sozialen Netzwerke sind voll von selbst erklärten Tabu-Brüchen der AfD und Anschlägen auf Unterkünfte für Geflüchtete. Tausende demonstrieren für den angeblichen Willen eines „Volkes“, für das sie sich alleinig halten. Nebenbei werden zum wiederholten Male das Fenster von Abgeordneten-Büros eingeschmissen, einer Frau mit Kopftuch vor die Füße gespuckt, einem Journalisten die Kamera entrissen und eine Morddrohung per Facebook gegen jene ausgesprochen, die sich für den Schutz vor Krieg und Gewalt geflüchteter Menschen einsetzen.

Aus der Perspektive der Ermittlungs- und Sicherheitsbehörden sind Angriffe häufig erst dann von Relevanz, wenn sie von organisierten Neonazis, die zusätzlich die freiheitliche demokratische Grundordnung abschaffen wollen, begangen werden. Aber wie gehen wir mit der alltäglichen Bedrohungslage um, die viele Menschen einschränkt und gefährdet? Viel zu selten wird danach gefragt, wie viel Angst jene haben, gegen die gehetzt wird. Aber genau da müssen Politik und Zivilgesellschaft hinschauen. In einer Atmosphäre der Bedrohung zählen nicht nur der verbale und physische Angriff, sondern auch das Schweigen, das diese billigt.

Daraus ergibt sich unsere Verantwortung, eben nicht wegzuschauen, sondern solidarisch mit jenen zu sein, die von einer solchen Bedrohungslage eingeschränkt sind und angegriffen werden. Mit einer deutlichen Haltung und konsequentem Handeln muss Rassismus und Gewalt der Nährboden entzogen werden. Das können wir auf unterschiedlichen Ebenen.

Zum einen bedeutet das, rechter Ideologie auf eigenen Veranstaltungen oder in den eigenen Räumen kein Podium zu bieten. Rassistische Argumentation muss als solche benannt, ihr widersprochen werden und keine Relativierung im Sinne von „Ich bin ja kein Rassist, aber …“ zugelassen werden. Dabei müssen wir auch eigene Ängste und Ressentiments reflektieren, um zu vermeiden, uns von ihnen lenken zu lassen, voreilige Schlüsse zu ziehen und damit womöglich rechten Populisten in die Hände zu spielen. Kommunikation ist keine Einbahnstraße und wir müssen darauf bestehen, dass ein Dialog möglich sein muss – das schließt Androhungen, Anfeindungen und Lautwerden aus.

> **„Mit einer deutlichen Haltung und konsequentem Handeln muss Rassismus und Gewalt der Nährboden entzogen werden.**
>
> Susanne Rüthrich

Diesbezüglich erachte ich eine weitere Entwicklung für notwendig, die ich bereits bei meiner Arbeit im Bundestag angestoßen habe: Wir brauchen Räume und Formate, die einen Austausch auf Augenhöhe ermöglichen. Ich möchte weg von den hohen Podien, die Bürgerinnen und Bürger und Politikerinnen und Politiker trennen. Durch den gezielten Einsatz anderer Formate, in denen z. B. auch ein Austausch in Kleingruppen stattfindet, kann ermöglicht werden, dass bei Veranstaltungen auch die „leiseren“ Menschen gehört werden.

Natürlich schließt eine klare Haltung gegen menschenverachtende Meinungen auch aus, Bündnisse mit der AfD oder NPD einzugehen, und erfordert stattdessen, Präsenz gegen die Aufmärsche von PEGIDA & Co, Bürgerwehren oder der NPD zu zeigen.

Gleichzeitig heißt es außerdem jene zu unterstützen, die in der öffentlichen Debatte viel zu selten gehört werden. Die vielen Menschen und Initiativen vor Ort, die ihre Energie dafür nutzen, ein offenes Miteinander zu gestalten, anstatt Hass zu schüren, müssen wertgeschätzt werden. Dieser Ansatz wird auf Bundesebene durch das Programm „Demokratie Leben!“ des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend verwirklicht. Bundesweit werden bereits 218 Kommunen dabei unterstützt, Bündnisse zu bilden, in denen Verantwortliche aus der kommunalen Politik und Verwaltung sowie Aktive aus der Zivilgesellschaft zusammenkommen, um sich der jeweiligen Herausforderungen vor Ort anzunehmen und sich für eine vielfältige und demokratische Gesellschaft einzusetzen. Nach jahrelanger Projekt- und Modellförderung ist bekannt, welche Ansätze dabei wirksam sind. Die SPD-Bundestagsfraktion hat sich erfolgreich dafür eingesetzt, die Mittel für das Programm auf 104,5 Millionen Euro zu verdoppeln. Wir wollen diese Mittel durch eine eigene gesetzliche Regelung auf eine langfristige Basis stellen. Denn Daueraufgaben müssen auch dauerhaft finanziert werden.

V.i.S.d.P.:
Petra Ernstberger, Parlamentarische Geschäftsführerin, Platz der Republik 1, 11011 Berlin, Tel.: (030) 227-744 20, petra.ernstberger@spdfraktion.de

Einer von uns – Hans Koschnick

Autor Herbert Schmalstieg

Als wir am Tag nach seinem Tod auf der SGK Bundesdelegiertenversammlung in Potsdam seiner gedachten, war es so, als wäre er im Saal – für die Älteren, die ihn persönlich kannten, und für die Jüngeren, die ihn bewunderten. Er war Vorstandsmitglied der Bundes-SGK von 1980 bis 1987, danach Ehrenmitglied unserer SGK.
Er war einer von uns, wir mochten ihn, er war einer, der die Stimme erhob, sich nicht verbog und nicht nur seine Heimatstadt Bremen, sondern die deutsche Kommunalpolitik stark geprägt hat. Als Bürgermeister, als Präsident des Deutschen Städtetages, mit seinem Engagement für Frieden und Aussöhnung zwischen den Völkern, durch Partnerschaften mit Israel und Polen.
Hans Koschnick hat als Kind die Nazidiktatur erfahren, musste als 15-Jähriger in den Krieg und in die

Hans Koschnick (* 2. April 1929 † 21. April 2016)

Gefangenschaft. Für ihn war der Wiederaufbau der Bundesrepublik mit dem Wunsch nach einem anderen Deutschland, nach Freiheit und Demokratie verbunden.
Die Grundwerte des demokratischen Sozialismus – Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität – waren für ihn die Basis seiner Arbeit. Er hatte viele Ämter in seiner Stadt, der Republik, auf der Welt. Aber er war und blieb Bremer, die Menschen vertrauten ihm, weil er immer Mensch blieb und sich für die Menschen einsetzte. Die Treue zu seiner Partei, zu seiner Gewerkschaft, die Liebe zu seiner Frau Christine, das war Hans Koschnick. Einer von uns, und er bleibt einer von uns.
Danke für alles, lieber Hans.

Standpunkt

Frank Baranowski, Vorsitzender der Bundes-SGK

Der Bund muss die Kommunen bei den Kosten der Unterkunft entlasten!

Wenn jetzt wieder in Berlin zwischen Bund und den Ländern verhandelt wird, in welcher Form und Höhe der Bund sich an den Kosten der Erstaufnahme, Unterbringung und Integration der Flüchtlinge und Asylsuchenden in Ländern und Kommunen beteiligt, müssen die kommunalen Spitzenverbände endlich mit am Tisch sitzen.

Positiv ist, dass Bund und Länder in ihrem am 22. April 2016 beschlossenen Konzept zur Integration von Flüchtlingen verabredet haben, dass sich der Bund an den durch die Flüchtlingssituation entstandenen Mehrkosten von Ländern und Kommunen stärker beteiligen wird. Hierzu bedarf es jedoch dringend der Konkretisierung. Ob dafür die Rechnungshöfe von Bund und Land die geeigneten Gutachter sind, darf bezweifelt werden. Die Länder haben ihrerseits für die im Jahr 2016 zu erwartenden zusätzlichen Belastungen ihrer Haushalte eine Abschätzung vorgelegt, die auch Zuweisungen an die Kommunen beinhaltet. In welcher Weise und auf welcher Berechnungsgrundlage dieses geschieht, bleibt den einzelnen Ländern überlassen. Der Bund bekundet seine Absicht, sich an diesen Kosten substanziell zu beteiligen, stellt diese Berechnungen allerdings in Frage. Die Länder fordern eine hälftige Beteiligung des Bundes an diesen Kosten. Eine Forderung, der sich auch die Bundes-SGK angeschlossen hat. Eines ist jedoch auch klar: Ein Schwarzer-Peter-Spiel ist an dieser Stelle völlig unangemessen.

Unabhängig hiervon beinhaltet der Beschluss von Bund und Ländern das Versprechen, dass sich der Bund bei den flüchtlingsbedingten Kosten der Unterkunft für anerkannte Asylsuchende und Schutzberechtigte deutlich stärker beteiligen wird. Das muss auch so sein, denn die steigende Zahl abgeschlossener Asylverfahren führt zu einer massiven Belastung der kommunalen Haushalte durch die zusätzliche Inanspruchnahme der überwiegend von den Kommunen getragenen Kosten der Unterkunft nach dem SGB II. Wir gehen allerdings noch einen Schritt weiter. Die Bundes-SGK vertritt die Position, dass noch im Jahr 2016 ein Gesetz verabschiedet werden muss, in dem auch die durch den Koalitionsvertrag angekündigte Entlastung der Kommunen bei den Sozialausgaben geregelt wird.

Darüber hinaus fordern die Kommunalen die komplette Übernahme der Kosten der Unterkunft ab 2018 durch den Bund. Eine solche Maßnahme würde treffsicher die Kommunen entlasten, die am meisten von Strukturschwächen betroffen sind und ihnen die notwendige Planungssicherheit geben.

Nahles regelt Sozialhilfe für EU-Bürger

Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) hat einen Gesetzentwurf vorgelegt, der klarstellt, dass Unionsbürger von Leistungen der Grundsicherung für Arbeitssuchende und der Sozialhilfe ausgeschlossen sind, wenn sie in Deutschland noch nie gearbeitet oder durch vorherige Arbeit Ansprüche aus der Sozialversicherung erworben haben. Bundesarbeitsministerin Andrea Nahles (SPD) begründete dies auch damit, dass „wir mit dem Entwurf die Akzeptanz der Arbeitnehmerfreizügigkeit sichern, die wesentlich ist für das Zusammenwachsen in der Europäischen Union und die ich immer verteidigt habe“.
Der Vorsitzende der Sozialdemokratischen Gemeinschaft für Kommunalpolitik (Bundes-SGK) Frank Baranowski begrüßte den Gesetzentwurf. Baranowski: „Es ist gut, dass Bundesarbeitsministerin Andrea Nahles hier schnell gehandelt hat. Damit ist entstandene Unsicherheit beendet.“ Helmut Dedy, Vizehauptgeschäftsführer des Deutschen Städtetags, zeigte sich erleichtert: „Das neue Gesetz wird nach dem, was bisher bekannt ist, Rechtssicherheit schaffen und erhebliche finanzielle Belastungen der Städte durch zusätzliche Sozialleistungen abwenden. Das Gesetz ist auch nötig, um Fehlanreize für Zuwanderinnen und Zuwanderer aus anderen europäischen Mitgliedsstaaten zu vermeiden.“ Das Bundessozialgericht hatte zuvor geurteilt, dass arbeitslose EU-Bürger bereits nach sechs Monaten Aufenthalt Anspruch auf kommunale Sozialhilfe haben. *KB*

Baranowski neuer Vorsitzender

Gelsenkirchens Oberbürgermeister Frank Baranowski wurde mit mehr als 98 Prozent der abgegebenen Stimmen neuer Vorsitzender der Bundes-SGK.
Zu stellvertretenden Vorsitzenden haben die Delegierten Burkhard Albers, Landrat des Rheingau-Taunus-Kreises, Thomas Beyer, Bürgermeister von Wismar, Michael Ebling, Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Mainz, Silvia Nieber, Bürgermeisterin der Hansestadt Stade und Anette Sawade, Mitglied des Bundestages und Vorsitzende des Unterausschusses Kommunales, gewählt. *KB*

www.demo-online.de/nachrichten/frank-baranowski-ist-neuer-vorsitzender-der-bundes-sgk

FOTOS: THOMAS KOEHLER / PHOTOTHEK.NET, BUNDES-SGK/DIRK BLEICKER

Treffen der kommunalen Familie auf der Delegiertenversammlung der Bundes-SGK in Potsdam. Links oben: Manfred Sternberg, Norbert Bude und Frank Baranowski (v. l.). Rechts oben: Der neue Vorstand der Bundes-SGK. Links unten: Delegierte stimmen ab. Mitte unten: Gastrednerin Prof. Gesine Schwan. Rechts unten: Abendessen mit musikalischer Untermalung

„Die SPD ist die kommunalpolitische Partei"

Mehr als 500 Teilnehmer nutzten die Delegiertenversammlung zum Austausch

Autorin Karin Billanitsch

Potsdam im Frühling – eine blühende Landschaft erwartete die aus ganz Deutschland angereisten Delegierten. Auf der 16. Delegiertenversammlung der Bundes-SGK ging es um das Leitthema: „Zusammenhalt in den Kommunen stärken – Integration jetzt!" In seinem Grußwort sprach Brandenburgs Innenminister Karl-Heinz Schröter der versammelten kommunalen Familie aus dem Herzen: „Was in Berlin beschlossen wird, ist Papier. Aber die Dinge vor Ort zu organisieren, das ist das kommunale Handwerkszeug. Hier müssen wir zu neuen Lösungen kommen."

Auch der scheidende SGK-Vorsitzende Norbert Bude betonte, wie wichtig Politik vor Ort ist. Deshalb sei die SGK eine so wichtige Institution. Bude: „Die SPD ist die kommunalpolitische Partei und soll es bleiben!" Nachdenklich legte er dar, dass das Erstarken von rechtspopulistischen Tendenzen und Rechtsradikalen ihm Sorgen bereite. „Wir müssen jetzt aktiv mit den Menschen sprechen. Damit verhindern wir, dass bei den nächsten Wahlen die rechten Rattenfänger eine Chance haben."

Der neue Vorsitzende, Frank Baranowski, sagte mit Blick auf die Zuwanderung: „Wir haben echte Momente der Anspannung erlebt." Er lobte die gute und enge Zusammenarbeit von Ehrenamtlichen und kommunalen Verwaltungen und forderte auch mehr direkte Beteiligung der Kommunen: „Wenn heute und in Zukunft über wichtige bundesdeutsche Finanzfragen verhandelt wird, gehören die Kommunen mit an den Tisch!" Um ihre Aufgaben zu erfüllen, bräuchten die Gemeinden die nötige finanzielle Ausstattung. Im Namen der Bundes-SGK verlangte Baranowski in einem Antrag, dass der Bund die Kosten der Unterkunft ab dem Jahr 2018 vollständig übernimmt. In ihrem Leitantrag forderte die Bundes-SGK zudem ein umfassendes Integrationskonzept. Bund und Länder müssten ausreichend Mittel für diese gesamtgesellschaftliche Aufgabe bereitstellen. Durch die vielfältigen Integrationsleistungen würden die kommunalen Haushalte immer stärker belastet. Dabei geht es etwa um Integrations- und Sprachkurse, den Kita-Ausbau, die Integration am Arbeitsmarkt, die soziale Wohnraumförderung und Sozialarbeit an Schulen. Weitere Anträge beschäftigten sich mit besseren Bedingungen für die ehrenamtliche Arbeit und mit dem Thema, wie kommunale Entwicklungszusammenarbeit gestärkt werden kann. Insgesamt debattierten und beschlossen die Delegierten sieben inhaltliche Anträge.

Beim Abendessen mit musikalischer Untermalung wurden in lockerer Atmosphäre viele Gespräche geführt. Der Höhepunkt war die Rede von Prof. Gesine Schwan, Präsidentin der Humboldt-Viadrina Governance Platform. Mit eindringlichen Worten hielt sie ein Plädoyer für den europäischen Gedanken der Einigung. „Wir sind dabei, unsere wesentlichen Werte zu verraten", warnte sie. „Wenn die Europäer Fremden gegenüber abwehrend sind, wachsen auch die Mauern innerhalb Europas." Sie entwickelte die Idee eines EU-Fonds für Kommunen, die Flüchtlinge aufnehmen. Kommunen und die engagierte Zivilgesellschaft könnten die Akteure sein, die die EU zum Leben bringen, so Schwan. Am nächsten Tag konnten die Delegierten – neben weiteren Antragsberatungen und Beschlüssen – einer lebendigen Diskussionsrunde und den Gedanken von Christophe Roullion, Bürgermeister von Coulaine und u.a. Vizepräsident des Verbandes der Bürgermeister Frankreichs, folgen.

FOTOS: BUNDES-SGK/DIRK BLEICKER

Die Stadt von morgen: digital und vernetzt, ökologisch, bürgerorientiert.

Alles smart in der Stadt

Viele Kommunen wollen smart werden. Doch was heißt das?

Autor Willi Kaczorowski, Strategieberater für digitale Verwaltung und Politik

Smart City und kommunale Infrastruktur

Smart steht für klug, intelligent und attraktiv. Das Adjektiv „smart" ist vor allem mit den Chancen der Digitalisierung und Vernetzung verbunden. Deshalb ist eine digitale Agenda für Kommunen oftmals der erste Schritt zur Smart City.

Merkmale einer Smart City

Wann eine Stadt das Leitbild der smarten Stadt erfüllt hat, richtet sich nach ihrer Ausgangslage und ihren Zielen. Aus den nationalen und internationalen Konzeptionen lassen sich drei wesentliche Merkmale herausarbeiten, die zeigen, wann eine Stadt das Prädikat „Smart City" zu Recht tragen kann. Diese Merkmale treten einzeln oder in Kombination miteinander auf.

1. Vernetzte und intelligente Infrastrukturen, die alle Bereiche der städtischen Daseinsvorsorge umfassen: Da diese Infrastrukturen untereinander vernetzt sind, können sie gemeinsam gesteuert werden. Sensoren und andere digitale Messgeräte helfen, den Echtzeit-Zustand einer Stadt zu erfassen, Daten zu generieren, zu analysieren und im Hinblick auf künftige Entwicklungen Muster zu erkennen und vorherzusagen.

2. CO_2-Reduktion und Klimaneutralität: Hier stehen Maßnahmen zur Energieeinsparung und -effizienz, Energieverlagerung auf grüne Energieträger und intelligentes Energiemanagement durch Smart Grids und Smart Metering-Angebote auf der Agenda. Ebenso sind Projekte zur Verkehrsvermeidung, -verlagerung oder zu intelligentem Verkehrsmanagement von großer Bedeutung.

3. Aktive Einbeziehung der Bevölkerung: Hier ist die Smart City eine Stadt, in der Bürger auch als Sensoren wirken können, deren Meinungen, Erwartungen und Befindlichkeiten beispielsweise über Smartphones aufgenommen und transportiert werden und durch Politik und Verwaltung in den Willensbildungs-

FOTO: WWW.SIEMENS.COM/PRESSE

prozess einfließen. Dies wird durch Forderungen nach umfassender Transparenz und Partizipation untermauert.

Vorteile einer smarten Kommune

Da das Ziel einer smarten Stadt die Verbesserung der Lebens-, Aufenthalts- und Arbeitsqualität in der Stadt sein soll, bietet sie für Bewohner und Unternehmen gleichermaßen Vorteile:

1. Effiziente Bereitstellung von Daseinsvorsorge

In einer smarten Kommune wird die Daseinsvorsorge neu justiert. Das wichtigste Fundament ist die Verfügbarkeit von schnellen, hochleistungsfähigen Internetangeboten – möglichst stationär und mobil. Viele Städte setzen hier auf Glasfaser als die Anschlusstechnologie der Zukunft. In der Smart City ist Breitband ein Bestandteil der Daseinsvorsorge, der die traditionelle Versorgungs- und Entsorgungsinfrastruktur sowie die soziale Infrastruktur (Schulen, Krankenhäuser et cetera) gleichberechtigt ergänzt.

Durch die Veränderungen, die jetzt aufgrund von technischen Möglichkeiten wie intelligente Vernetzung und Sensorik sowie Big Data oder Cloud Computing für die herkömmliche Daseinsvorsorge erfolgen werden, kommt dieser vernetzten und intelligenten Infrastruktur im 21. Jahrhundert sogar eine Leitrolle zu. Für demografisch benachteiligte Regionen stellt das hochleistungsfähige Internet überdies einen Beitrag zur „Dableibensvorsorge" dar.

2. Ökologische Nachhaltigkeit

In der smarten Kommune steht die Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen und ressourcenschonendes Wirtschaften auf der Agenda. Die Chancen der Digitalisierung und Vernetzung ergeben sich sowohl für die dezentrale Energieversorgung und die klimaneutrale Stadtstrategie als auch für eine neue Art der Mobilität, die auf Vernetzung der Fahrzeuge untereinander, die Automatisierung des Fahrens, die Elektrifizierung des Fahrzeugangebotes sowie die Förderung von Fahrrad- oder Fußgängerverkehr setzt.

3. Interessant für Investoren

Die Transformation zu einer Smart City ist auch ein Beitrag zur Wirtschaftsförderung. In der Smart City-Zusammenarbeit mit IT-Unternehmen bekunden Städte ihren Fortschrittswillen und bauen sich für Start-ups ein positives Image auf. Außerdem geben sie mit Veranstaltungen wie Hackathons oder dem Aufbau von Lösungslaboren dem kreativen Teil der Stadt die Chance, sich ins Stadtgeschehen besser einzubringen.

4. Stärkung des sozialen Zusammenhalts und des Gemeinsinns

Die Digitalisierung und Vernetzung eröffnet neue Spielräume für die Stärkung des sozialen Zusammenhalts und des Gemeinsinns. Nicht zuletzt hat das Zusammenwirken von Behörden und Zivilgesellschaft bei der Bewältigung der Flüchtlingskrise gezeigt, dass vernetzte Technologie dabei eine Schlüsselrolle spielt. Dies gilt in noch höherem Maße für die kommende Integrationsaufgabe in den Bereichen Bildung, Gesundheit oder Arbeitsmarkt.

Bausteine für eine digitale Agenda

Eine Möglichkeit, zu einem systematischen Aufbau einer Digitalisierungsstrategie zu kommen, liegt in der Identifizierung von Bausteinen. Die Stadt Köln hat beispielsweise fünf Bausteine identifiziert, die für eine digitale Agenda konstitutiv sind. Dazu gehören:

1. Intelligente Infrastruktur
2. Digitalisierung der Alltagserfahrungen
3. Transparenz und Partizipation
4. Digitale Wertschöpfung
5. Digitalisierung der Verwaltung.

Darüber hinaus sollten natürlich Schlüsselfragen wie Datenschutz/Digitale Souveränität und digitale Teilhabe aller Bevölkerungsgruppen thematisiert werden.

Willi Kaczorowski

„Wir können dem Fortschritt eine Richtung geben. Die Frage ist deshalb nicht: Was kommt auf uns zu? Die Frage ist: Wohin wollen wir gehen?

Bundesbauministerin Barbara Hendricks, 2016

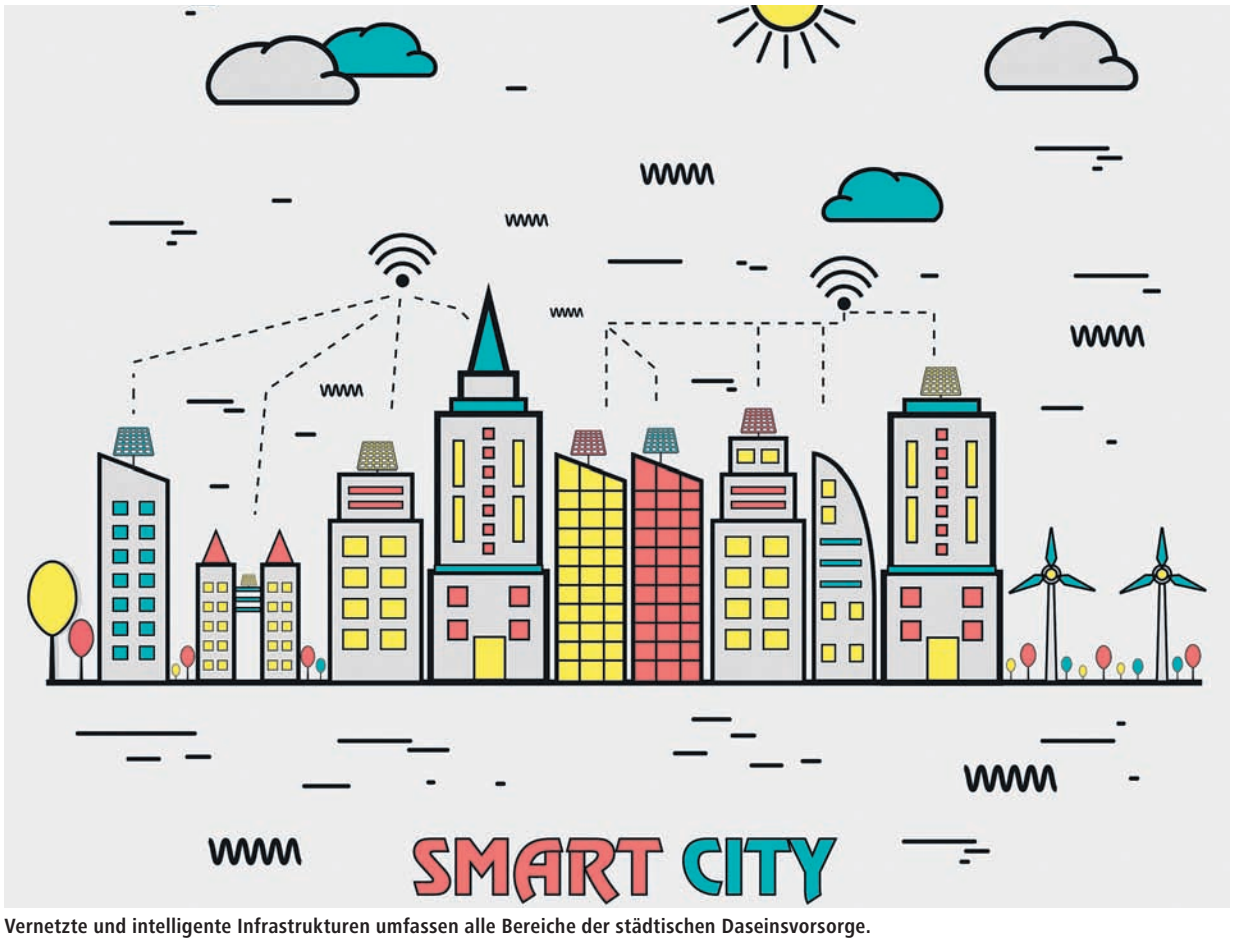
Handlungsempfehlungen

Für die Transformation zu einer smarten Kommune sind drei praktische Handlungsempfehlungen von Gewicht.

Als Vorsitzender des Rates und als Chef der Verwaltung sollte der Bürgermeister die Leadfunktion wahrnehmen. Alternativ kann dies auch ein herausgehobener Ratsvertreter sein. In Neuss wurde beispielsweise im Rat eine Zukunftskommission gebildet.

Vielfach wird es auch erforderlich sein, innerhalb der Verwaltung das Verständnis für die Digitalisierung zu entwickeln. Diese Aufgabe könnten digitale Lotsen ausüben, die in den jeweiligen Dezernaten tätig sind und analysieren, wie sich die Digitalisierung beispielsweise auf das Gesundheitswesen, das Verkehrswesen oder die Bildungsverwaltung auswirken wird, und die für die Stadtspitze entsprechende Vorschläge erarbeiten.

Die smarte Kommune ist kein Projekt, in dem nur die Eliten von Unternehmen, Wissenschaft oder Politik an Konzepten für die Stadt von morgen arbeiten. Um Akzeptanz für das politische-strategische Innovationsprogramm einer smarten Stadt zu erreichen, muss die gesamte Stadtgesellschaft eingebunden werden – offline und online.



Vernetzte und intelligente Infrastrukturen umfassen alle Bereiche der städtischen Daseinsvorsorge.

ZEICHNUNG: SHUTTERSTOCK, FOTO: PRIVAT

Anzeigen-Sonderveröffentlichung 05-06/2016

Stadtwerke als Impulsgeber der „intelligenten" Stadt

Die Projektplattform SmartCity Cologne testet, wie nachhaltiges Leben in der Stadt funktionieren kann

Autor Dieter Steinkamp, Vorstandsvorsitzender RheinEnergie AG

Kölle es e Jeföhl" – Köln ist ein Gefühl. Zum Kölner Lebensgefühl gehört auch der ständige Wunsch nach einer lebens- und liebenswerten Stadt, die in ihren Quartieren gerne Neues ausprobiert und die dabei am liebsten die Nase vorn hat.

Nicht nur mit ihrer 2000-jährigen Geschichte gehört die „rheinische Weltmetropole" Köln mit absoluter Sicherheit in eine Reihe mit London, Paris, Amsterdam, Tokyo oder New York City: Es ist eine – trotz positiver Wachstumsprognose – tendenziell stagnierende, eine „reife" Stadt. Anders als die aufstrebenden Metropolen wie Shanghai, Karachi oder Lagos, und auch anders als die sich etablierenden Städte der Welt: Istanbul, Baku oder Kairo.

Die Stadt von innen heraus modernisieren

Eine „reife" Stadt wie Köln sieht sich besonderen Anforderungen gegenüber: Dem dynamischen Wachstum nach außen sind natürliche Grenzen gesetzt, die Stadt muss sich fortlaufend von innen heraus modernisieren. Nur damit sichert sie langfristig ihre Attraktivität, ihre Wettbewerbsfähigkeit, sie leistet Beiträge zu Umwelt- und Klimaschutz. Nachhaltigkeit und technischer Fortschritt gehen einher mit besseren Lebensbedingungen für alle. Das ist aber ein anspruchsvoller Prozess, denn man erneuert einen lebenden Organismus.

Grundlage allen städtischen Lebens ist eine starke und intakte Infrastruktur, auch die der Energieversorgung. Die Lebensadern einer Stadt, das sind die Energienetze, die Wasserversorgung und die Telekommunikation. Es genügt nicht, heute einfach nur zu reparieren. Wir müssen vielmehr die besonderen qualitativen und technologischen Anforderungen der Menschen von morgen bereits heute vorwegnehmen oder zumindest im Voraus bedenken und planen. Das ist eine Aufgabe, die zum größten Teil in der Hand der RheinEnergie liegt. Wir leisten seit mehr als 140 Jahren unseren Beitrag für die lebenswerte Stadt, und wir setzen uns intensiv mit den Zukunftsfragen Kölns und der Region auseinander. Aus dieser Rolle heraus haben wir den Impuls zum Programm „SmartCity Cologne" gegeben, und die Stadt hat dann das Programm in Partnerschaft mit der RheinEnergie offiziell in Köln etabliert.

Gemeinschaftsprojekt Smart City

Wir sehen unsere Rolle als Impulsgeber, Berater und Realisator vor allem bei gesamtstädtischen smarten Lösungen für Energieeffizienz und Klimaschutz. Eckpunkte sind: Ressourcenschonung einerseits, Versorgungssicherheit und Verlässlichkeit andererseits; und das Ganze bei einer für die Menschen auch in Zukunft bezahlbaren Energieversorgung. Somit bestand zunächst einer unserer größten Beiträge zu einer „Smart City" darin, dass wir den Grundstein gelegt haben dafür, eine umfangreichere Umgestaltung und Neuentwicklung der Stadt innerhalb der bestehenden Grenzen entsprechend abzusichern. Etwa durch den Bau eines neuen, hochmodernen KWK-GuD-Kraftwerks, dessen Fernwärme in mehr als 30.000 Haushalten künftig veraltete Einzelfeuerungsanlagen ablöst. Die zusätzliche Fernwärmekapazität ermöglicht zugleich eine klimaschonende Erschließung neuer, bislang industriell genutzter Flächen für Wohnen, Gewerbe und Freizeit. In den so mit Wärme versorgten Gebäuden wird der spezifische Wärmebedarf durch parallele Nut-

> **„SmartCity Cologne ist eine gute Möglichkeit, Köln auf die Zukunft vorzubereiten."**
>
> Dieter Steinkamp, RheinEnergie AG

FOTO: RHEINENERGIE AG

Die Neusser Straße im Stadtteil Nippes wird zur Kölner Klimastraße und zeigt, wie eine zukünftige SmartCity aussehen könnte.

Landstromversorgung für Schiffe am Rhein

Über neue Anschluss-Säulen mit dem Namen „Schiffs-TankE“ können Frachtschiffe und auch Hotelschiffe Strom aus erneuerbaren Quellen beziehen. Auf diese Weise lassen sich pro Jahr an einer Anlegestelle für Fahrgastschiffe bis zu 120 Tonnen Kohlendioxid einsparen, da diese keine Dieselaggregate mehr laufen lassen müssen.

Im Rahmen der Aktivitäten zur „SmartCity Cologne“ ist die Landstromversorgung wichtig: Allein in Köln gibt es pro Jahr mehr als 10.000 Schiffsbewegungen, viele davon im Herzen der Stadt. Da ist es ein wichtiges Anliegen, diesen Schiffen einen komfortablen Zugang zu sauberer Energie zu bieten.

Die RheinEnergie betreibt das Thema „Landstromversorgung“ über eine gemeinsame Tochter mit den Stadtwerken Düsseldorf, die Rhein-Werke. Über diese Tochter bietet sie die Dienstleistungen künftig auch anderen Kommunen an großen Flüssen an. Das Ziel: Ein einheitliches Landstromversorgungssystem, das mit der Technik auf den Schiffen kompatibel ist, komfortabel zu nutzen und mit einem einfachen Abrechnungsmodell zu versehen.

Grow Smarter / Stegerwaldsiedlung

Im Rahmen eines internationalen Projekts der Städte Köln, Barcelona und Stockholm unter dem Dach der EU wurde in Köln unter dem Titel „Grow Smarter“ (Intelligenter Wachsen) eine Modellsiedlung im rechtsrheinischen Stadtteil Köln-Mülheim identifiziert. Die „Stegerwaldsiedlung“ entstand Ende der 50er Jahre in der großen Bauwelle nach dem Krieg. Dort soll es eine umfassende Umgestaltung und Sanierung im Bestand geben, bei der die RheinEnergie den Energiepart übernimmt.

Das Projekt lebt vor allem von der Kommunikation und Kooperation aller Beteiligten: Bürger, Vereine Unternehmen. Diese nutzen dafür eine „Open Data Platform“ und gestalten gemeinsam den Prozess mit den Zielen: Höhere Attraktivität der Siedlung, hoch energieeffiziente Gebäudesanierung, Energie- und Wärmenutzung im Gebiet selbst durch Nutzung verschiedener Energiequellen vor Ort und Kombination derselben über ein „Virtuelles Kraftwerk“.

Konkret soll die Energieeffizienz um rund 60 Prozent steigen, dies umfasst rund 34.000 Quadratmeter Wohnfläche. Einzelne Schritte dazu sind: Umfassende Isolierung der Gebäudehüllen; Einbau von 36 Wärmepumpen; Anschluss an das Fernwärmenetz zur Abdeckung von Spitzen; systematische Verbrauchsoptimierung bei den Wohneinheiten (Smart-Home-Lösungen, Smart Meter); Photovoltaikanlagen inklusive Batteriespeichern auf dem Dach; Ausstattung mit Elektroladesäulen für E-Fahrzeuge.

zung modernster Gebäudetechnik auf ein Minimum reduziert. Energieeffiziente Baukörper und Versorgungskonzepte sind komplett aufeinander abgestimmt. Mit dem elektrischen Strom der Anlage sichern wir die mangels wirtschaftlicher Speichertechnik volatilen Quellen Erneuerbarer Energien ab, als notwendige Brücke in die Zukunft und Rückgrat einer nachhaltigen Versorgung.

Effizienzlösungen in der Klimastraße

Im selben Kontext setzen wir Impulse durch wirklich innovative Vernetzung neuer Techniken in einzelnen Stadtquartieren. Die „Klimastraße“ im Kölner Stadtteil Nippes ist die reale Umsetzung und Verbindung verschiedener Techniken. Es handelt sich bei der Klimastraße um einen gemischt genutzten, repräsentativen Musterstraßenzug. Er liefert der Rhein-Energie und allen interessierten Unternehmen die Möglichkeit, ihre Effizienzlösungen und Produkte in vernetzten Feldversuchen zu erproben.

Straßenlaternen spenden helleres, freundliches und stromsparendes LED-Licht, während sie gleichzeitig als Verstärker für ein öffentliches WLAN und als Mess-Sensor für die Auslastung von Parkzonen dienen. Zudem erfassen Sensoren in Echtzeit Luftinhaltsstoffe und melden sie weiter.

Elektromobilitätskonzepte in Kombination mit Carsharing entlasten die Straßen von Verkehr und Abgasen. Wir haben die Ladeinfrastruktur für Kölns erste vollelektrische Buslinie auf Batteriebasis konzipiert und installiert. Die ersten Busse befinden sich derzeit im Probebetrieb.

Oder wir gewinnen den Energieinhalt aus Abwasser zurück, in dem wir im Projekt „CELSIUS“ Wärmetauschersysteme in Kanälen installieren. Das oft mehr als handwarme Abwasser gibt so den Menschen Energie zurück. Zukunftsprojekte sind stromerzeugende Gehwegplatten oder Ladestationen für Elektro-Fahrräder, die sich aus Photovoltaik speisen.

Auch wir als etabliertes Unternehmen entwickeln uns an den Aufgaben weiter: Aus dem engagierten Energieversorger ist ein leidenschaftlicher Energiedienstleister geworden, der nicht nur in der Region, sondern bundesweit Verantwortung übernimmt sowie nachhaltige, integrierte und klimaschonende Zukunftslösungen für und mit den Anwendern entwickelt.

Weitere Informationen
www.rheinenergie.com
www.smartcity-cologne.de

„Smarte“ Industrielösung

Die RheinEnergie AG verfügt über ein umfangreiches und spezielles Know-how über komplexe Energieerzeugungsanlagen, um Industrieunternehmen auch „smarte“ Systemlösungen für Querschnittstechnologien wie etwa Druckluft, Wärme, Kälte, Stickstoff und Dampf bieten zu können.

Beispiel dafür ist die Zusammenarbeit mit dem in Köln ansässigen Unternehmen Drahtwerke Köln GmbH (DWK). RheinEnergie hat in einer Energieeffizienzstudie die Medienversorgung für Druckluft und Wärme untersucht und erhebliche Einsparpotenziale aufgezeigt. Schwerpunkt des Konzeptes war die Erneuerung der Druckluftanlagen unter Einbezug einer modernen Wärmerückgewinnung. Die im Verdichtungsprozess anfallende Abwärme wird zur Anhebung der Rücklauftemperatur der durch RheinEnergie betriebenen Heizzentrale genutzt sowie DWK in der Produktion zur Verfügung gestellt. Durch die Modernisierung der Anlagen konnte der Energieverbrauch der Druckluftzentrale um mehr als 35 Prozent und der Wärme um etwa zehn Prozent gesenkt werden.

FOTOS: RHEINENERGIE AG

Anzeigen-Sonderveröffentlichung 05-06/2016

Das Projekt „Smart Country"

Mit Digitalisierung zu mehr Teilhabe

Autor Carsten Große Starmann, Bertelsmann-Stiftung, Programm „LebensWerte Kommune"

Der digitale Wandel verändert unsere Gesellschaft in vielen Lebensbereichen radikal. Er ist Risiko und Chance zugleich. Die Risiken liegen vor allem in einer unzureichenden Anbindung an leistungsfähiges Internet. Denn schon jetzt ist die Ausstattung mit leistungsfähigem Internet sehr unterschiedlich ausgeprägt. Ein flächendeckender, schneller Netzzugang ist jedoch Grundvoraussetzung, um die Vorteile der Digitalisierung nutzen zu können. Wenn er fehlt, kann das im Zuge des digitalen Wandels auch zu einer digitalen Spaltung der Gesellschaft führen – zwischen Bevölkerungsgruppen und zwischen ganzen Regionen.

Mit einem flächendeckend leistungsfähigen Netz eröffnet der digitale Wandel vor allem ein großes Innovationspotenzial, das viele gesellschaftliche Bereiche berührt. So kann die Digitalisierung – offensiv und prospektiv genutzt – gesellschaftliche Teilhabe der Menschen in allen Regionen und Bevölkerungsgruppen ermöglichen oder erhalten und so einer ohnehin zunehmenden sozialen Spaltung der Gesellschaft mit entgegenwirken.

Digitalisierung positiv nutzbar machen

Das wird in Deutschland umso bedeutsamer, als der demografische Wandel in vielen Städten zu Bevölkerungswachstum und in vielen ländlichen Räumen zu Bevölkerungsschrumpfung führt. Zudem werden alle Regionen in Deutschland – unabhängig vom Flüchtlingszustrom – spürbar von der Alterung der Gesellschaft betroffen sein. Bereits diese Unterschiedlichkeit der räumlichen und in der Folge auch sozialen Entwicklungen stellt Deutschland vor große Herausforderungen. Die Gestaltung der Digitalisierung hat entscheidenden Einfluss darauf, ob sich dieser Prozess zunehmender regionaler Disparitäten verlangsamt beziehungsweise aufhalten lässt, oder ob er sich gar beschleunigt. Wie sehr die Digitalisierung dabei positiv für unterschiedliche Räume nutzbar gemacht werden kann, zeigt zum Beispiel das Projekt „Digitale Dörfer" in der Verbandsgemeinde Betzdorf (Rheinland-Pfalz).

Die Lebensverhältnisse in den Regionen Deutschlands sind unterschiedlich. Ziel muss es sein, für alle Menschen die Inanspruchnahme von Leistungen der Daseinsvorsorge unabhängig vom Wohnort zu ermöglichen. Ein wichtiger Weg zu diesem Ziel ist die prospektive und konsequente Nutzung des digitalen Wandels. Es geht um die Sicherung der Teilhabe für alle Menschen. Die Bertelsmann-Stiftung untersucht diese Aspekte in einem neuen Projekt „Smart Country – Teilhabe für alle sichern". Es folgt der These, dass die Digitalisierung von analogen Angeboten und Prozessen besondere Chancen bietet, zukünftig die Daseinsvorsorge flächendeckend für alle Bevölkerungsgruppen besser sicherzustellen, Wirtschaftskraft und Wertschöpfung auch in der Fläche auszubilden und mehr Chancengerechtigkeit zu ermöglichen.

Demografischer Wandel erfordert digitales Denken

Der digitale und der demografische Wandel haben viele Schnittmengen. Das zeigen einige Beispiele:

- Angebote der Daseinsvorsorge können mit ihren Infrastruktureinrichtungen vielerorts nicht aufrechterhalten werden. Digitale Möglichkeiten verändern und vergrößern die Optionen der Bereitstellung von Infrastrukturen und sind damit ein wichtiger Baustein für mehr Teilhabe.
- Leistungsfähige digitale Infrastrukturen bestimmen zunehmen die Lebensqualität vor Ort und die Attraktivität einer Region. Menschen und Unternehmen verbleiben nicht in Gebieten ohne digitale Anbindung.
- Mit zunehmendem Alter steigt im Hinblick auf Konsum, Wohnen, Inanspruchnahme von Pflege- und Gesundheitsleistungen, Mobilität und Partizipation das Erfordernis, nicht digital ausgeschlossen zu sein.
- Arbeiten und wirtschaftliche Betätigungen werden zunehmend durch die Digitalisierung mit bestimmt.

Die Schnittmengen werden im Rahmen der Projektarbeit auf fünf Handlungsfeldern genauer untersucht: Gesundheit und Pflege, Wirtschaft und Arbeit, Politik und Verwaltung, Mobilität und Logistik, Lernen und Information. Hier soll aufgezeigt werden, welche konkreten Chancen und Entwicklungspotenziale ein innovativer Umgang mit digitalen Technologien für Regionen und ihre unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen mit sich bringen kann. Das geht einher mit der Untersuchung von Strategien, wie andernorts flächendeckend leistungsfähiges Internet bereitgestellt worden ist, um diese Chancen auch zu ermöglichen.

> **„Eine wichtige gesellschaftliche Herausforderung besteht darin, Teilhabe und Chancengerechtigkeit für alle Regionen und Bevölkerungsgruppen zu gewährleisten."**
>
> Carsten Große Starmann

Weitere Informationen
www.bertelsmann-stiftung.de/de/unsere-projekte/smart-country/
www.wegweiser-kommune.de

FOTO: VALESKA ACHENBACH

Dank Internet wissen, wohin es geht: Die Digitalisierung prägt den Alltag der Menschen immer mehr – sofern sie ein schnelles Netz haben.

„Mit NACHHALTIGKEIT muss ich mich nicht aufhalten.“
DAFÜR GIBT‘S SYSTEMLÖSUNGEN VOM PROFI
Nutzen auch Sie das breit gefächerte Know-how eines erfahrenen Ver- und Entsorgers, um Technik und Prozesse effizienter zu gestalten – verpackt in praxiserprobte Dienstleistungspakete für zentrale Aufgaben in den Bereichen Wasser, Abwasser, Energie und Kaufmännische Services. Sie erhalten alle Leistungen aus einer Hand, abgestimmt auf Ihren individuellen Bedarf. Nähere Infos & Kontakt unter www.gelsenwasser-plus.de
GELSENWASSER

Die ehemalige Zeche Lohberg/Osterfeld in Dinslaken am Niederrhein ist heute ein „Kreativ.Quartier".

Zukunft im Quartier

Gespräch mit Prof. Hans-Peter Noll, Vorsitzender der Geschäftsführung der RAG Montan Immobilien

Interview Henning Witzel

Was macht eine Stadt auch in Zukunft lebenswert und lebendig?
Aus unserer Sicht als Flächenentwickler von vorgenutzten Flächen im Saarland und im Ruhrgebiet möchte ich kleinräumiger ansetzen und auf mich auf die Entwicklung von Stadtquartieren konzentrieren. Denn dort finden die Menschen ihren Lebensraum und die erwünschte Lebensqualität.

Dabei geht es um den Aspekt Wohnqualität, die bauliche Qualität hinsichtlich moderner, sparsamer Energieversorgung, aber auch – immer wichtiger – um den Zugang zu den digitalen Informations- und Kommunikationssystemen. Ergänzt wird das durch weitere Faktoren wie die Verkehrs-Anbindung, gute Einkaufsmöglichkeiten, den Zugang zu kulturellen und schulischen Angeboten bis hin zur Nähe zu Grün- und Naherholungsräumen. Häufig steht auch die Verbindung beziehungsweise die Nähe von Wohnen und Arbeitsplatz im Fokus der Menschen. Das Stadtquartier wird immer mehr zum zentralen Lebensraum. Das gilt sowohl in Klein-, Mittel und Großstädten als auch in schrumpfenden Städten.

Wie berücksichtigen Sie dabei die kommunalen Interessen und die Vorgaben der Stadtplanung?
Die Abstimmung mit der Kommune ist wesentlicher Baustein für die Realisierung eines Projektes. Zentrales Element wird aber immer mehr die Einbindung der Bürger in die Planungsprozesse sein, sowohl um ihre Bedürfnisse und Bedarfe besser bedienen zu können, als auch um durch den Beteiligungsprozess die Identifikation mit ihrem Quartier zu erhöhen. Als Unternehmen blicken wir in dem Zusammenhang selbstverständlich auch auf die Wirtschaftlichkeit, für uns ist das Bestandteil eines transparenten Planungsprozesses. Meines Erachtens sichern die Bürgerbeteiligung und die enge Abstimmung mit den Kommunen langfristig die Qualität des Quartiers und den ökonomischen Erfolg der Investition und damit auch die Nachhaltigkeit des Projektes.

Die Zukunft der Städte hängt somit von der Beteiligung der Bürger ab?
Die Stadt hat auch in Zukunft soziokulturell, ökologisch und ökonomisch für die Menschen eine hohe Attraktivität und auch einen hohen Nutzen. Die Menschen werden mit den Füßen abstimmen. Sie gehen dahin, wo es ihnen gefällt. Einfach gesagt: das regelt sich über den Markt. Das heißt, wir müssen die Bedarfe und die Nachfragepotenziale analysieren, das geht aus von der Menge und der Qualität des Wohnraums, der benötigten Gewerbe- und Grünflächen bis hin zu den Anforderungen des Klimaschutzes. Das betrifft nicht nur die Quartiersentwicklung auf vormals industriell genutzten Flächen, sondern auch die Modernisierung von bestehenden Stadtquartieren.

„Das Stadtquartier wird immer mehr zum zentralen Lebensraum."

Prof. Hans-Peter Noll, seit dem Jahr 2000 Vorsitzender der Geschäftsführung der RAG Montan Immobilien GmbH, Essen

Schaffen wir durch unsere Arbeit in einem Stadtquartier eine Qualitätsverbesserung, schaffen wir damit auch ökonomischen Mehrwert! Das Ergebnis wirkt sich direkt auf den Wert der dortigen Immobilien aus! Davon profitieren auch die Standortkommunen.

Diesen Beweis liefern wir mit unseren Entwicklungsprojekten auf ehemaligen Bergbaustandorten: Das Stadtquartier Mont Cenis in Herne, die Quartiersentwicklung rund um den ehemaligen Zechenstandort Consol 3/4/9 in Gelsenkirchen – beide Projekte sind schon abgeschlossen, sowie die laufenden Entwicklungen auf dem UNESCO-Welterbe Zollverein, wofür wir gerade aktuell beim Polis Award mit einer Anerkennung in der Kategorie „Urbanes Flächenrecycling" prämiert wurden, die Entwicklung der Zeche Lohberg/Osterfeld, dem heutigen Kreativ.Quartier Lohberg in Dinslaken am Niederrhein, die Planungen auf den Flächen des Bergwerkes West in Kamp-Lintfort und des Bergwerkes Ost in Hamm. Schon begonnen haben die Abstimmungen in Marl zur Entwicklung der Areals des Bergwerkes Auguste Victoria und, noch vor der Stilllegung der Bergwerke, die Aktivitäten rund um die Bergbauflächen in Ibbenbüren und Bottrop. Letztlich sitzen bei der Quartiersentwicklung Kommune und Immobilienwirtschaft in einem Boot, und den Bürger müssen wir dabei mitnehmen.

FOTOS: RAG MONTAN IMMOBILIEN GMBH)

Weitere Informationen
www. rag-montan-immobilien.de

RAG
Montan Immobilien

Seit fast 40 Jahren ist die RAG Montan Immobilien GmbH für die erfolgreiche Entwicklung von Flächen und Projekten bekannt.
Unser Spezialgebiet: Die gewinnbringende Revitalisierung von industriell vorgenutzten Arealen unter Ausnutzung der kompletten immobilienwirtschaftlichen Wertschöpfungskette. Mit allen Optionen, ohne einen Quadratmeter Fläche zu verschenken.

RAG Montan Immobilien GmbH
Im Welterbe 1-8, 45141 Essen
info@rag-montan-immobilien.de
www.rag-montan-immobilien.de

Die Zukunft ist unser Revier.

Anzeigen-Sonderveröffentlichung 05-06/2016

Smart Government: Auf die Daten kommt es an!

Neuer Trendreport der Prognos AG und des „Behörden Spiegel“ gibt Handlungsempfehlungen

Autoren David Wilkskamp, Berater, Prognos AG und Carsten Köppl, „Behörden Spiegel“, Leiter Berliner Redaktion

Was ist Smart Government und welche Handlungserfordernisse ergeben sich daraus für Politik und Verwaltung? Diesen Fragen widmet sich der neue Trendreport der Prognos AG und des „Behörden Spiegel“, der anlässlich des Kongresses „Effizienter Staat“ Anfang Mai in Berlin vorgestellt wurde. Smart Government als intelligent vernetztes Regierungs- und Verwaltungshandeln hat enorme Auswirkungen auf die Art und Weise, wie Staat und Bürger interagieren, wie politische Willensbildung und Politikgestaltung funktionieren und wie die öffentliche Verwaltung als Organisation und Arbeitgeber gestaltet sein wird.

Jedoch führen die Überlegungen rund um Smart Government nicht per se zu besserem Politik- und Verwaltungshandeln. Politik, Gesellschaft und Verwaltung müssen jetzt beginnen, die Zukunft zu gestalten, um Potenziale zu nutzen, aber auch Ängste aufzugreifen. Zehn Punkte identifiziert der Trendreport hier als zentral:

1. Prozessorientiert denken: Es dürfen nicht nur die eigenen Zuständigkeiten und Ziele in den Blick genommen werden. Damit das Potenzial von Smart Government ausgeschöpft werden kann, müssen Prozesse vom Ergebnis her über Abteilungen, Verwaltungsebenen und Ressortgrenzen hinweg gedacht werden.

2. Risikobereitschaft fördern: Die Digitalisierung von Politik und Verwaltung bringt noch unbekannte Risiken mit sich. Diese dürfen nicht ignoriert werden, aber sie dürfen auch Innovationen nicht ersticken. Dazu gehört eine fehlertolerante Organisationskultur.

3. Raum für Innovation schaffen: Es bedarf Innovationslabore innerhalb der Verwaltung, die neues Denken und neue Organisationsstrukturen erproben und andere Behörden beraten.

4. Digitalisierung zur Chefsache machen: Ein Chief Digital Officer sensibilisiert ressortübergreifend die Verwaltung für die Chancen der Digitalisierung und steht als Netzwerker mit der Bürgergesellschaft und Expertenzirkeln im Austausch.

5. Datenbewusstsein durch Datenstrategie schaffen: Der Umgang mit den eigenen Daten gehört ins Zentrum von Politik und Verwaltung. Er ist zentral für Transparenz, Innovation und wirtschaftliche Nutzung. Hierfür bedarf es einer Datenstrategie (Data Governance), die den Rahmen vorgibt, aber auch neue Möglichkeiten eröffnet.

6. Datensouveränität sichern, ohne Innovationen zu verhindern: Gefordert sind zum einen größere Spielräume für neue Anwendungen, um den Nutzen von Datenanalysen aufzuzeigen, zum anderen aber auch die Stärkung der informationellen Selbstbestimmung der Bürger – wo gewünscht auch hin zu mehr Offenheit.

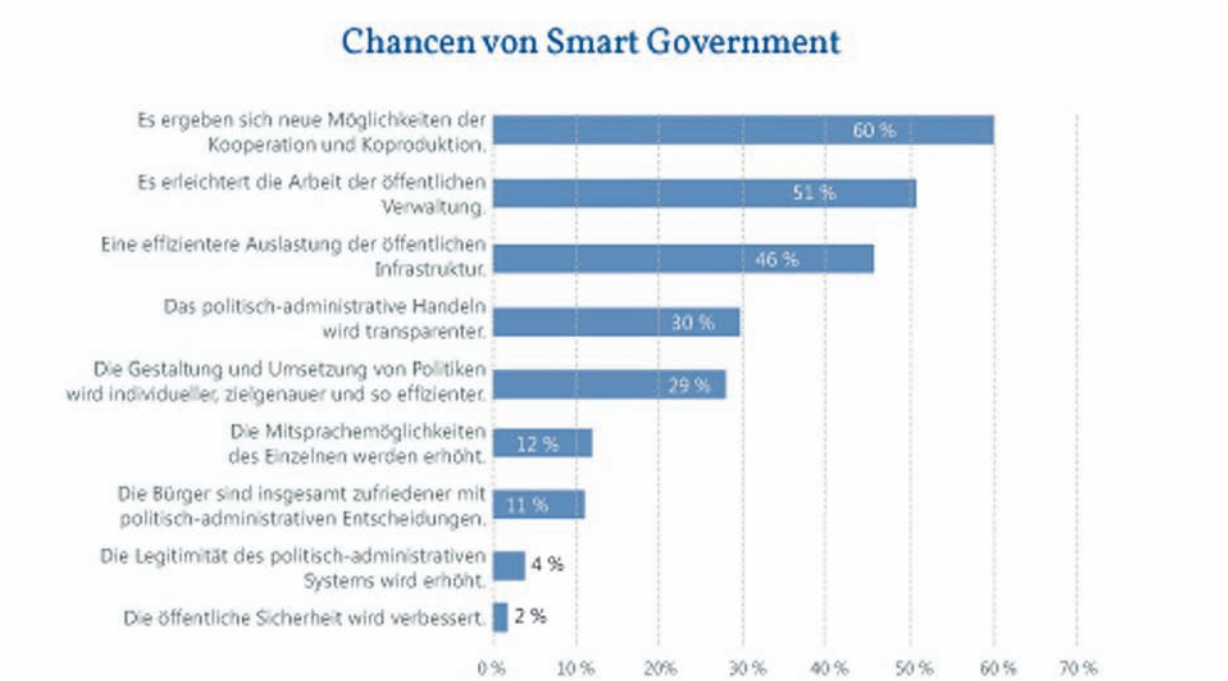
7. Datensicherheit gewährleisten: Die Akzeptanz von Smart Government hängt vom Vertrauen der Bürger in die Sorgfalt im Umgang mit ihren Daten ab. Hier bedarf es mehr Kompetenzen, mehr Verwaltungszusammenarbeit und Transparenz.

8. Kompetenzaufbau leisten: Der Öffentliche Dienst muss die Digitalkompetenz seiner Mitarbeiter ausbauen. Auch sind Verwaltungsmitarbeiter zunehmend Partner, Moderator und Unterstützer der Zivilgesellschaft. Diese Kompetenzen müssen stärker im Fokus der Ausbildung stehen.

9. Das Arbeits- und Dienstrecht für die Digitalisierung fit machen: Das Arbeits- und Dienstrecht muss flexibleres Arbeiten ermöglichen, zugleich aber die Beschäftigten schützen. Die Angebote öffentlicher Arbeitgeber für lebensphasenorientierte Arbeitszeiten und -orte und digitale Selbstorganisation sollten weiter ausgebaut werden.

10. Politik muss sich digital involvieren: Auch mit dem Siegeszug intelligenter Algorithmen muss transparent sein, auf welchen Grundlagen politische und administrative Entscheidungen beruhen und dass Menschen in der Entscheidungshoheit bleiben. Politik muss aber auch dort stattfinden und kommunizieren, wo die Bürger sind: In sozialen Netzwerken und auf mobilen Plattformen.

> **Der Umgang mit den eigenen Daten gehört ins Zentrum von Politik und Verwaltung.**
>
> Trendreport „Smart Government“



Für den Trendreport „Smart Government“ wurde eine onlinebasierte Umfrage durchgeführt.

GRAFIK: TRENDREPORT 2016, PROGNOS AG / BEHÖRDEN SPIEGEL

Der Trendreport „Smart Government“ zum Download: www.daten.effizienterstaat.eu/

IMPRESSUM

Network Media GmbH, Bülowstraße 66, 10783 Berlin
Tel. (030) 740 73 16-00, Fax (030) 740 73 16-75
E-Mail: info@nwmd.de

Projektleitung: Henning Witzel, Tel. (030) 740 73 16-36

Redaktion: Carl-Friedrich Höck

Anzeigen: Nicole Stelzner
(Leiterin Unternehmensentwicklung/Verkauf)

Layout: Heidemarie Lehmann

Druck: J.D. Küster Nachf. + Pressedruck GmbH & Co. KG, Industriestraße 20, 33689 Bielefeld

Grundwissen, schnell zur Hand

Das „Kommunalpolitische Lexikon“ wurde aktualisiert

Zur Kommunalpolitik gehört die Beteiligung der Bürger. Wenn diese sich dann aber tatsächlich einmal als Gäste in die Ausschüsse setzen und dort mit Abkürzungen wie KLR, GFZ und GRZ konfrontiert werden, verstehen sie oft nur noch Bahnhof. Und auch viele Neu-Kommunalpolitiker müssen sich zunächst in die Fachmaterie einarbeiten, um mitreden zu können. Für sie ist das „Berliner Kommunalpolitische Lexikon“ gedacht, dass die SGK Berlin nun bereits in dritter, aktualisierter Auflage produziert hat. Den praktischen Nutzen fasst der Berliner SGK-Vorsitzende Horst Porath im Editorial gut zusammen: Es ist ein Nachschlagewerk, „das nicht auf ein Fachgebiet beschränkt und zugleich so klein ist, dass man es auf dem Schreibtisch zur Hand hat oder in dem man auch während der Ausschuss-Sitzungen blättern kann.“ Mehr als 500 Grundbegriffe der Berliner Kommunalpolitik sind in wenigen, oft tatsächlich verständlich formulierten Sätzen erklärt. Und so

findet man schnell heraus, dass KLR Kosten-Leistungs-Rechnung bedeutet und was es mit der Geschossflächenzahl (GFZ) und der Grundflächenzahl (GRZ) auf sich hat. Als Schmankerl enthält das Lexikon noch eine kleine Einführung in die Berliner Kommunalgeschichte. Denn, so argumentieren die Autoren: „Mehr als die Hälfte der kommunalpolitisch Aktiven in Berlin sind keine Urberliner.“ Auch sie sollen mitgestalten. *CFH*

Hans-Ulrich Oel /Norbert A. Przesang / Rainer Thamm (Hrsg.):
Berliner Kommunalpolitisches Lexikon
3. Auflage
Edition Progris, 2016, 260 Seiten, 12,95 Euro, ISBN 978-3-88777-026-6

Wird das Ehrenamt missbraucht?

Daniela Neumann warnt vor Fehlentwicklungen

Das Ehrenamt hat sich seit den 1980er Jahren gewandelt, schreibt Daniela Neumann in ihrer Soziologie-Dissertation: Die öffentliche Aufmerksamkeit für dieses Thema hat zugenommen. Gleichzeitig haben sich die Strukturen und Motive verändert. Spielten früher Traditionen und Pflichtgefühl eine große Rolle, sind es heute oft die sozialen Kontakte, Spaß oder der Eintrag in den Lebenslauf, die Ehrenamtliche motivieren. Der Staat hat um die Jahrtausendwende auf die Entwicklung reagiert. „Engagementpolitik“ wurde ein eigenes Politikfeld mit dem Ziel, Freiwilligenarbeit zu fördern und zu aktivieren. Neumann betrachtet diese Entwicklung allerdings kritisch. Freiwilligenarbeit sei von der Politik zu einem noch weitgehend „brachliegenden Sozialkapital“ umgedeutet worden, das es zu heben gelte, um Versorgungslücken zu schließen oder kommunale Haushalte zu entlasten. Die Verantwortung für eine funktionierende Gesellschaft werde damit

vom Wohlfahrtsstaat auf die einzelnen Bürger verschoben. Hinzu komme, dass die Politik die Finanzierung von Projekten oft an enge Vorgaben koppele. Damit schränke sie die Gestaltungsspielräume der Freiwilligen ein. Der Prozess berge die Gefahr in sich, dass „die gegenwärtige Politik auf diese Weise die Etablierung jener Zivilgesellschaft gefährdet, deren Förderung sie sich eigentlich verschrieben hat“, warnt Neumann. *CFH*

Daniela Neumann:
Das Ehrenamt nutzen
Zur Entstehung einer staatlichen Engagementpolitik in Deutschland
transcript Verlag, 2016, 508 Seiten, 39,99 Euro, ISBN 978-3-8376-3278-1

Wahlen

Im bayerischen Landkreis Dillingen wurde Landrat **Leo Schrell** (Freie Wähler) am 6. März mit 84,7 Prozent der Stimmen im Amt bestätigt. Einen Wechsel gab es an der Verwaltungsspitze der Stadt Leimen in Baden-Württemberg. Dort stellte sich der Amtsinhaber und Sozialdemokrat **Wolfgang Ernst** (SPD) nicht erneut zur Wahl. Zum neuen Oberbürgermeister wurde am 13. März **Hans Reinwald** (CDU) gewählt – er kam gleich im ersten Wahlgang auf 65,2 Prozent.
In der Stadt Weil am Rhein unterstützte die SPD (wie auch die FDP und die Freien Wähler) den amtierenden Oberbürgermeister von der CDU. Entsprechend klar sicherte sich **Wolfgang Dietz** mit 87,5 Prozent der Stimmen eine weitere Amtszeit.
In Zeitz unterlag der bisherige Oberbürgermeister Volkmar Kunze (FDP) in der Stichwahl dem Einzelbewerber **Christian Thieme**, der 58,8 Prozent erreichte.
Ebenfalls am 13. März fand die Landratswahl im niedersächsischen Northeim statt. Amtsinhaber **Michael Wickmann** (SPD) war aus gesundheitlichen Gründen vorzeitig aus dem Amt ausgeschieden. Die SPD ging mit der parteilosen Kandidatin **Astrid Klinkert-Kittel** ins Rennen – die sich dann auch mit 52,5 Prozent gegen Bernd von Garmissen (CDU) durchsetzte.
Am 20. März wurde in Rottenburg am Neckar Amtsinhaber **Stephan Neher** (CDU) als Oberbürgermeister wiedergewählt – mit 81,1 Prozent.
Die Stadt Forchheim in Bayern wird in Zukunft sozialdemokratisch regiert: Hier gewann SPD-Mann **Uwe Kirschstein** die Stichwahl mit 52,2 Prozent gegen Ulrich Schürr (CSU / Junge Bürger).
In Reichenbach im Vogtland beteiligte sich die SPD nicht mit einem eigenen Kandidaten an der Oberbürgermeisterwahl. Aus ihr ging am 17. April **Raphael Kürzinger** (CDU) mit 55,5 Prozent als Sieger hervor.
In Freudenstadt gab es mit dem christdemokratischen Amtsinhaber **Julian Osswald** nur einen einzigen Kandidaten für die Wahl am 25. April. Entsprechend klar fiel das Ergebnis aus: 92,9 Prozent.
Der Landkreis Havelland blieb auch nach der Stichwahl am 24. April vorerst ohne Landrat. Zwar erhielt Roger Lewandowski (CDU) mit 53 Prozent mehr Stimmen als SPD-Kandidat Martin Gorholt, doch er verfehlte das Quorum von 20.175 erforderlichen Stimmen. Nun muss der Kreistag den Nachfolger von **Burkhard Schröder** (SPD) wählen, der sich in den Ruhestand versetzen lassen hat.

Termine

Seminar „Geschäftsführung von Rats- und Kreistagsfraktionen“
20.05.2016 – 21.05.2016, Springe
www.bundes-sgk.de

Seminar „Politisches Profil gewinnen“
20.05.2016 – 21.05.2016, Bonn
www.fes.de/de/kommunalakademie/

Tag der Städtebauförderung
21.05.2016, deutschlandweit
www.tag-der-staedtebaufoerderung.de

„Tag der Kommunen“ im Rahmen der IFAT 2016
30.05.2016, München
de.dwa.de/Tag-der-Kommunen.html

Seminar „Erfolgreich verhandeln in der Kommunalpolitik“
03.06.2016 – 04.06.2016, Münster
www.fes.de/de/kommunalakademie/

Kommunen sicher machen! 16. Sicherheitskonferenz des DStGB
09.06.2016, Berlin
www.dstgb.de/dstgb/Homepage/Veranstaltungen/

Fachtagung „Zuwanderung und Kommunen“
10.06.2016, Potsdam
www.uni-potsdam.de/kwi/index

Fachkonferenz „Integration in Städten und Gemeinden“
13.06.2016, Bielefeld
www.dstgb.de/dstgb/Homepage/Veranstaltungen/

Zweiter Deutscher Kommunalradkongress 2016
15.06.2016, Bingen
www.kommunalradkongress.de

Zukunftskongress Staat & Verwaltung
21.06.2016 – 22.06.2016, Berlin
www.zukunftskongress.info

Seminar „Kommunal- und Direktwahlen gewinnen“
01.07.2016 – 02.07.2016, Springe
www.bundes-sgk.de

10. DEMO-Kommunalkongress
03.11.2016 – 04.11.2016, Berlin
www.demo-kommunalkongress.de

Müllsündern auf der Spur

Putzmuntere Aktionen und Müllspürhunde – landauf, landab ist das große Aufräumen in vollem Gange

Autorin Karin Billanitsch

Spürnase Bailey schnüffelt im Müll. Doch wo ist der Müllsünder?

Das große Aufräumen hat begonnen. Kaum sprießt im April das frische Grün, ist „Kölle putzmunter", und ein paar Kilometer weiter unten am Rhein findet der „Dreck-weg-Tag" großen Anklang bei Bürgerinnen und Bürgern. Eine „Aktion saubere Stadt" gibt es im nordrhein-westfälischen Wermelskirchen ebenso wie im bayrischen Dachau, und auch „Hamburg räumt auf." Tausende ziehen los, mit Müllbeuteln, Gummihandschuhen und Zangen bewaffnet, um dem Kehricht in ihrer Kommune den Kampf anzusagen. Vom Seniorenclub bis zur Kindergartengruppe sind alle unterwegs, um auf Beeten und im Gebüsch, auf Gehwegen und in Gewässern achtlos entsorgten Müll aufzuklauben.

In diese Zeiten passt eine Meldung der Hamburger Stadtreinigung. Zwei ehemalige Spürhunde der Polizei werden in der Elbstadt als Müllspürhunde eingesetzt, teilt sie mit. Die Suchhunde Lila und Bailey sollen Verursachern von ordnungswidrigen Müllablagerungen am Straßenrand oder neben Wertstoffcontainern auf die Fährte kommen, heißt es. Der Clou dabei ist: Die auf Menschensuche trainierten Hunde fänden nicht nur den Müll, sondern könnten auch den Müllsünder erschnuppern und – je nach Wetterlage – noch tagelang verfolgen. Nun hoffe der Hundeführer darauf, bald den ersten echten Müllsünder direkt an seiner Haustür zur Rede stellen zu können. Das wäre eine ordentliche Leistung der Mantrailer-Hunde.

Leider – das wird den einen oder anderen Leser nicht überraschen – wird aus diesem Pilotprojekt nichts. Die am 1. April verschickte Meldung war nicht ganz ernst gemeint, dürfte aber in der Liste der Aprilscherze mit hohem Glaubwürdigkeitsfaktor weit vorn stehen.

Übrigens hatte einmal der Stuttgarter Stadtrat Reinhard Löffler an einem 1. April nicht nur die Stuttgarter, sondern auch einige Medien mit folgender Nachricht sauber verladen: Die berühmte Kehrwoche der Schwaben sollte von der UNESCO zum Weltkulturerbe ernannt werden.

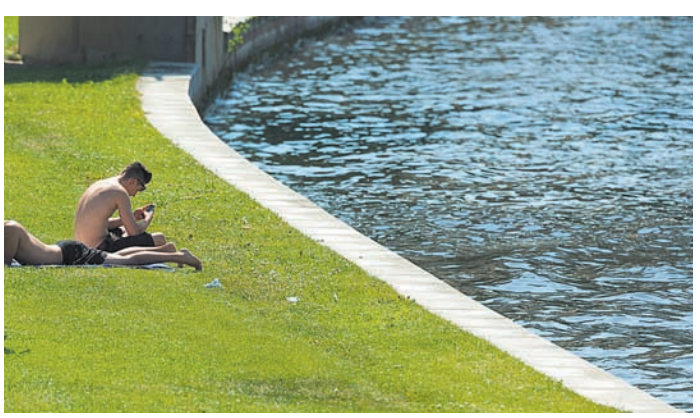
In der Schweiz wandelte sich ein Aprilscherz sogar zur Touristenattraktion: Der Tourismusverband hatte um Freiwillige geworben, um die Berge zu putzen. Daraus ist ein kleiner Geschäftszweig entstanden. Vielleicht ein Vorbild für Hamburg? Das Motto: „Komm mach klar Schiff" wird jede Menge Urlauber anziehen. Kein Scherz.

DEMO 07-08/2016
erscheint am 8. Juli 2016

mit folgenden Themen:

Blaue Stadt – Kommunen und das Wasser. Wasserorientierte Stadtplanung, aber auch nachhaltige und zukunftsfähige Wasserinfrastruktur stehen im Mittelpunkt der Ausgabe.

Der Report beschäftigt sich mit dem Bereich **Kommunalwirtschaft / Unternehmerin Kommune**



Impressum

Demokratische Gemeinde,
Fachorgan der Sozialdemokratischen Gemeinschaft für Kommunalpolitik (Bundes-SGK)
Stresemannstraße 30, 10963 Berlin
Postfach 61 03 22, 10925 Berlin
Telefon: (030) 255 94-200
Telefax: (030) 255 94-290
E-Mail: redaktion@demo-online.de
Internet: www.demo-online.de

Herausgeber:
Frank Baranowski, Vorsitzender der Bundes-SGK

Redaktion: Karin Nink (Chefredakteurin), Karin Billanitsch (Leitende Redakteurin), Carl-Friedrich Höck (Redakteur)
Telefon: (030) 255 94-355

Produktionsleitung: Dagmar Günther

Layout/Sekretariat: Heidemarie Lehmann
Telefon: (030) 255 94-200

Verlag: Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft mbH, Stresemannstraße 30, 10963 Berlin, Postfach 61 03 22, 10925 Berlin
Telefon: (030) 255 94-100
Telefax: (030) 255 94-192

Geschäftsführer: Karin Nink, Dr. Hans-Gerd Conrad

Anzeigen/Vertrieb: Network Media GmbH, Gewerbehof Bülowbogen,Hof D, Eingang D1, Bülowstraße 66, 10783 Berlin
Telefon: (030) 740 73 16-00
Telefax: (030) 740 73 16-20

Anzeigen: Nicole Stelzner (Leiterin Unternehmensentwicklung/Verkauf), Henning Witzel (Verkauf/Projektleitung)
Telefon: (030) 740 73 16-36

Gültige Anzeigen-Preisliste: Nr. 33 vom 1. Januar 2016

Vertrieb: Stefanie Martin
Telefon: (030) 740 73 16-61

Die DEMO erscheint mit sechs regulären Ausgaben im Jahr und zusätzlich mit vier DEMO Sonderheften/Impulse

Abonnementverwaltung:
IPS Datenservice GmbH,
Carl-Zeiss-Str. 5, 53340 Meckenheim
Telefon: (02225) 70 85-366
Telefax: (02225) 70 85-399
E-Mail: abo-vorwaerts@ips-d.de

Einzelverkaufspreis: 6 €

Jahres-Abonnement: 60 € (inkl. Versand und 7 % MwSt.); für Schüler und Studenten (Nachweis erforderlich) 40 €

Jahres-Abonnement (Ausland): 60 € zzgl. Versandkosten

Die Abonnements verlängern sich jeweils um ein Jahr, sofern nicht spätestens drei Monate vor Ablauf schriftlich gekündigt wird.

Bei Nichterscheinen der Zeitung oder Nichtlieferung ohne Verschulden des Verlages und im Falle höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Leistung, Schadenersatz oder auf Minderung des Bezugspreises.
Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Fotos wird keine Haftung übernommen. Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Quellenangabe. Die Zeitung und alle in ihr enthaltenen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt.

Litho (Titel): metagate Berlin, Litfaß-Platz 1, 10178 Berlin, Telefon: (030) 283 06-0

Druck: J.D. Küster Nachf. + Pressedruck GmbH & Co. KG, Industriestraße 20, 33689 Bielefeld,
Telefon: (05205) 14 700
Telefax: (05205) 14 704
E-Mail: kontakt@kuester-pressedruck.de

Zugleich Versandanschrift für Beilagen und Beihefter mit Zusatz „Warenannahme".

FOTOS: RAPHAEL HUENERFAUTH / PHOTOTHEK; STADTREINIGUNG HAMBURG

WIR IN DEN KOMMUNEN

11. DEMO-Kommunalkongress
Berlin | 3.–4. November 2016

KOSMOS | Karl-Marx-Allee 131a | 10243 Berlin

Jetzt anmelden!

WORKSHOPS:

ZUKUNFTSRAUM KOMMUNE

- Verwaltungsmodernisierung – Agenda für die zukunftsweisende Kommune
- Kommunalwirtschaft – Ressourcen und Versorgung in kommunaler Hand
- Kooperationen und Netzwerke – Erfolgsgaranten für die Kommune

LÄNDLICHE RÄUME

- Breitbandausbau – Standortfaktor für den ländlichen Raum
- Abwanderung stoppen – Gemeinden und Regionen stärken
- Intelligente Infrastruktur – Motor für Wirtschaft und Gesellschaft

URBANE RÄUME

- Wohnraum schaffen – Optionen und Strategien für Politik und Verwaltung
- Stadtentwicklung – Gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern
- Wachsende Städte – Wachsende Infrastrukturbedarfe

Infos und Anmeldung unter:
www.demo-kommunalkongress.de

BESUCHEN SIE UNS!
ZUKUNFTSKONGRESS
BERLIN, 21.–22. JUNI 2016
EBENE B | STAND B 0242A

„Mit Interamt gestalten wir die Personalmanagement-Prozesse effizient. Ein wichtiger Beitrag zur Haushaltskonsolidierung."

BÜRGERMEISTER HORST KRYBUS
Stadt Lohmar

E-RECRUITING MIT LÖSUNGSTIEFE
Interamt unterstützt erfolgreiches Personalmanagement in jeder Phase der Stellenbesetzung. Von der kostenlosen Stellenausschreibung bis zur integrierten Komplettlösung mit zahlreichen Bewerbermanagement-Tools.
PERFEKTIONIEREN SIE IHRE PERSONALBESCHAFFUNG: WWW.INTERAMT.DE

INTERAMT.DE
DAS STELLENPORTAL DES ÖFFENTLICHEN DIENSTES